

SCHWARZ UND KIRCHENTREU, ARM UND EINGESCHÜCHTERT? – KATHOLISCHES MILIEU UND NATIONALSOZIALISMUS IN DER OBERPFALZ

KLAUS UNTERBURGER

An der Frage, ob die überwiegend katholischen und ländlichen Gebiete in Bayern im Dritten Reich „echten Widerstand“¹ geleistet, oder aber im Allgemeinen lediglich Selbsterhaltung und Abschottung gegen die Moderne betrieben haben², scheiden sich bis heute die Interpreten. Die Bewertung hängt einerseits von den Kategorien ab, also von der Frage, ob Resistenz eine Form des Widerstands ist³ oder nicht ebenso das System stabilisiert hat und von Widerstand als ethischer und politischer Kategorie weit entfernt ist.⁴ Dennoch ist hier mehr als eine Definitionsfrage aufgeworfen; konkret wird man genauer analysieren müssen, wie tiefgehend das resistente Verhalten war und inwiefern daraus politische Konsequenzen erwachsen sind, die das nationalsozialistische Regime gestützt, destabilisiert oder weder verstärkt noch in Frage gestellt haben. Hierzu ist vor allem der regionale quellengestützte Vergleich heranzuziehen. Im folgenden Beitrag soll die bayerische Oberpfalz in dieser Hinsicht näher analysiert werden. Die bayerischen katholischen Landesteile können weitgehend als ein Stiefkind der bisherigen Erforschung des katholischen Milieus bezeichnet werden. Dass aber eine genauere Analyse von Milieustruktur und Verhalten im Dritten Reich für diese unbedingt angezeigt ist, liegt schon deshalb auf der Hand, weil die beiden vielleicht wichtigsten Studien zur Fragestellung zu gegenteiligen Auffassungen kommen. Walter Ziegler, Herausgeber der Regierungspräsidentenberichte für die Oberpfalz und Niederbayern kommt zum Ergebnis, der

-
- 1 Walter Ziegler, Der Kirchenkampf in Ostbayern im Rahmen des allgemeinen Kirchenkampfes, in: Beiträge zur Geschichte des Bistums Regensburg 15 (1981), 9-38, hier 37.
 - 2 Vgl. Thomas Breuer, Verordneter Wandel? Der Widerstreit zwischen nationalsozialistischem Herrschaftsanspruch und traditionaler Lebenswelt im Erzbistum Bamberg (= VKZG.B 60), Mainz 1992.
 - 3 Vgl. Klaus Gotto/Hans-Günther Hockerts/Konrad Repgen, Nationalsozialistische Herausforderung und kirchliche Antwort. Eine Bilanz, in: Klaus Gotto / Konrad Repgen (Hg.), Die Katholiken und das Dritte Reich, Mainz ³1990, 173-190.
 - 4 Vgl. Ian Kershaw, „Widerstand ohne Volk?“ Dissens und Widerstand im Dritten Reich, in: Jürgen Schmädke / Peter Steinbach (Hg.), Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München-Zürich 1986, 779-798.

5. Bemerkenswert bleibt aber, dass die nationalsozialistischen Partei- und Staatsstellen auch im katholisch geprägten Passauer Land ein Personal rekrutieren konnten, das sich einschlägig für das NS-Regime betätigte; hierfür ist der Bürgermeister Max Moosbauer das bekannteste Beispiel. Statt ihn und seinesgleichen als Symbolfiguren für die angeblich besonders tiefe Verstrickung der Passauer Bevölkerung in den Nationalsozialismus herauszustellen, wäre unter der Fragestellung der Milieuzugehörigkeit weiter zu untersuchen, unter welchen Voraussetzungen die Milieubindung zur Resistenz befähigte bzw. ob eine bloße Anwesenheit in einem gegebenen Milieu zur Distanzierung vom NS-Regime ausreichte. Zur Widerständigkeit qualifizierte offenbar erst die Zugehörigkeit zu seinem Kernmilieu, das durch die politische Orientierung – etwa an der Bayerischen Volkspartei – und eine individuell nachvollzogene oder in bestimmten Konfliktsituationen abrufbare kirchliche Bindung vermutlich mitkonstituiert wurde.

Schließlich bleibt festzuhalten, dass sich die nationalsozialistische Macht ab 1933 naturgemäß auch in der Untersuchungsregion durchsetzte – allerdings, von oben, ohne dabei auf breite Unterstützung bauen zu können. Zu beachten ist dabei auch, dass es sich immerhin um die legale Regierung handelte¹¹², was widerständiges Verhalten für sämtliche Personenkreise erschwerte, um sich nicht dem Vorwurf illegalen Handelns und auch den daraus folgenden Sanktionen auszusetzen.

¹¹² Und nicht nur „als legal angesehen“ wurde, daher quasi nicht legal gewesen sei, wie Rosmus-Wenninger, S. 80, suggeriert.



OBERPFALZ

kirchliche Widerstand in Ostbayern sei dort der einzige gewesen, der in nennenswerten Umfang das NS-Regime in Frage gestellt habe⁵; dagegen lehnt Thomas Breuer in einer differenzierten Studie die Verwendung des Widerstandsbegriffs für das Verhalten der Katholiken in den benachbarten und doch ähnlich geprägten Bamberger ehemaligen Hochstiftsgebieten entschieden ab.⁶ Allein diese Divergenz sollte Anlass zur genaueren Untersuchung geben; besonders dürfte die Frage von entscheidender Bedeutung sein, ob kirchliche Resistenz eher systemstabilisierende oder destabilisierende Konsequenzen hatte. Damit hängt die Frage zusammen, ob politischer Widerstand eher gegen das katholische Milieu oder wegen dem katholischen Milieu geleistet wurde.

Um methodisch diese Fragen einer Lösung zuzuführen, soll in einem Dreischritt vorgegangen werden. Zunächst sollen (I.) die spezifischen Eigenarten des Katholizismus in der Oberpfalz herausgearbeitet werden, was soziale Struktur, Milieubindung und Wahlergebnisse, mentalitätsmäßige Eigenheiten und Frömmigkeit angeht. In einem zweiten Kapitel (II.) soll, vor dem Hintergrund der überregionalen und regionalen NS- und Regierungspolitik, die Eigenart der bischöflichen Politik profiliert werden. Da der größte Teil der Oberpfalz dem Bistum Regensburg zugehörig ist, soll vor allem die Position Bischof Michael Buchbergers und der Regensburger Diözesanleitung herausgearbeitet werden. Abschließend sollen (III.) die Konflikte zwischen katholischem Milieu und NS-Staat in der Oberpfalz vor dem Hintergrund von (I.) und (II.) genauer analysiert werden. Welchen Einfluss hatten die spezifischen Milieustrukturen auf diese; welchen Einfluss hatte die spezifische Politik Michael Buchbergers? Hat dessen eher defensiver Kurs die Zahl der Konflikte eher vermindert und den Klerus so tendenziell geschützt? Oder war der niedere Klerus so auf sich alleine gestellt und hat ein solcher Kurs die Widerstandskraft des Milieus eher geschwächt? Erst diese Fragestellung, die Milieustruktur, bischöfliche Politik und Konfliktlinien miteinander in Beziehung setzt, verspricht, vergleichend auf verschiedene Diözesen angewandt, nähere Auskunft über Spielräume, Resistenzen und Affinitäten von bischöflicher Politik und katholischem Milieu während der Jahre des Kirchenkampfes.

1. DIE OBERPFALZ: SOZIALSTRUKTUR UND KATHOLISCHES MILIEU

Die Oberpfalz in ihrer heutigen Gestalt geht mitsamt ihrer Benennung auf die Einteilung der bayerischen Kreise im Jahr 1837 zurück, die ihrerseits auf die Montgelas'schen Departementeinteilung aufbaute, in Grenzziehung und Benennung aber bewusst an die geschichtlichen oder vermeintlich geschichtlichen

5 Vgl. Ziegler, Kirchenkampf (wie Anm. 1) 37.

6 Vgl. Breuer, Verordneter Wandel (wie Anm. 2) v.a. 369-371.

Gegebenheiten anknüpfte.⁷ Sie umfasste im Wesentlichen das ursprünglich „Nordgau“ genannte, nördlich der Donau gelegene bayerische Siedlungs- und Rodungsgebiet, das bei der Hausteilung 1329 größtenteils zur Pfalz als deren „obere Lande“ kam. Die wichtigsten Territorien, die sich in der Frühen Neuzeit bildeten, waren neben den kurpfälzischen, 1628 an Bayern gefallen Gebieten die daraus herausgelösten pfalz-neuburgischen Lande, von denen 1655 das Herzogtum Sulzbach abgetrennt wurde und mit dem Gemeinschaftsamt Parkstein-Weiden vereint war. Hinzu kam die freie Reichsstadt Regensburg als Hauptstadt und größte Stadt des Regierungsbezirks, die freilich eine deutlich von der restlichen Oberpfalz unterschiedene Geschichte hat. Weiden und Amberg waren Mittelstädte, Schwandorf und Neumarkt als weitere kreisfreie Städte bereits Kleinstädte. Die Oberpfalz war zu rund 92% katholisch und hatte 1933 rund 652.000 Einwohner⁸; in Regensburg, eigentlich eine protestantische Reichsstadt mit zahlreichen katholischen reichsunmittelbaren Enklaven, stellten durch Zuwanderung aus den umliegenden Gebieten die Katholiken seit dem 19. Jahrhundert wieder deutlich die Mehrheit. Einen bedeutenderen protestantischen Bevölkerungsanteil gab es im Herzogtum Sulzbach, wo das Simultaneum mit der gegenseitigen Duldung der beiden Konfessionen geherrscht hatte. Schließlich gab es kleine protestantischen Enklaven, etwa das ehemals zur Markgrafschaft Ansbach-Bayreuth gehörige Neustadt am Kulm. Kirchlich umfasste den weitaus größten Teil der Oberpfalz das Bistum Regensburg; im Westen gehörte die Gegend um Neumarkt in der Oberpfalz und Beilngries zur Eichstätter, diejenige um Auerbach in der Oberpfalz aber zur Bamberger (Erz-)diözese.

Für die Oberpfalz waren eine dünne Besiedlung und eine eher ärmliche Landwirtschaft, die mit kargen Böden zu kämpfen hat, charakteristisch, aber auch der Reichtum an Bodenschätzen. So gab es seit dem Mittelalter namhaften Eisenabbau und -verarbeitung, an die zum Teil im 19. Jahrhundert die Stahlwirtschaft mit der Maxhütte bei Sulzbach als größtem Unternehmen anknüpfen konnte; im bayerischen Wald konnte die Glasindustrie auf eine lange Tradition zurückblicken, in der nördlichen Oberpfalz siedelte sich vor allem, in Nachbarschaft zum östlichen Oberfranken, Porzellanindustrie an. Hinzu kam auch Textil-, Holzverarbeitende und steinverarbeitende Industrie. Hatte schon das 19. Jahrhundert mit seiner allmählichen kleindeutschen Abschottung von Österreich zu einer Randlage der Oberpfalz und zum Abreißen gewachsener Wirt-

7 Vgl. Handbuch der Bayerischen Geschichte IV: Das neue Bayern 1800-1970, Teil 1. Hg. von Max Spindler, München 1979, 133 f. (Max Spindler).

8 Vgl. Walter Ziegler (Bearb.), Die Kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933-1945. IV: Regierungsbezirk Niederbayern und Oberpfalz 1933-1945 (= VKZG.B 16), Mainz 1973, XXIX.

schaftsbeziehungen geführt, so noch viel mehr die neue Staatenordnung nach 1918, standen sich doch die neu gegründete Tschechoslowakei und Deutschland als Gegner gegenüber, so in der Sudetenfrage und auch wegen der Abtretung des Hultschiner Ländchens. Das Schulwesen war im bayerischen Durchschnitt eher schlecht ausgebaut und nur wenige Kinder besuchten höhere Schulen; Bildung und Kultur waren eine nahezu ausschließliche Domäne der Kirche. Die strukturelle Schwäche des Gebiets veranlasste das bayerische Innenministerium 1930 zur Herausgabe einer Denkschrift mit Bestandsaufnahme und Lösungsversuchen.⁹

Konfessionelle Zusammensetzung, ländliche Struktur, nahezu monopolhafte Stellung der katholischen Kirche in den Bereichen Kultur und Bildung und schließlich die relativ große Entfernung zu den aufstrebenden Ballungsräumen bedingten eine auch in der Weimarer Zeit weit überdurchschnittliche Kirchenbindung der Bevölkerung (Zahl der Osterkommunionen 1933 etwa 75,5% im Bistum Regensburg) und mit konstant über 50% die höchsten Wahlergebnisse der Bayerischen Volkspartei als des politischen Arms der Kirche in ganz Bayern; die Bevölkerung war für ihre wortkarg-stille, konservative und loyal zu den Obrigkeiten in Staat und Kirche stehende Grundeinstellung bekannt. Im Jahr 1932 wurde die Oberpfalz mit Niederbayern bereits zu einer Verwaltungseinheit zusammengefasst; 1933 konstruierten die Nationalsozialisten daraus, einer bereits vorher öfters diskutierten Idee gemäß und unter ideologischer Federführung des nationalsozialistischen Gauleiters und bayerischen Kultusministers Hans Schemm (1891-1935), ergänzt um Oberfranken den Gau „Bayerische Ostmark“ zur Abwehr der „slawischen Gefahr“ aus dem Osten mit ihren angeblichen Annexionsplänen.¹⁰

Kirchenbindung und Wahlverhalten des Oberpfälzer katholischen Milieus sollen im Folgenden genauer analysiert werden. Zunächst ist freilich auf die These des Münsteraner Arbeitskreises für kirchliche Zeitgeschichte einzugehen, dem zufolge in der Oberpfalz wie überhaupt in Bayern ein katholisches Milieu gar nicht existiert habe, sondern hier ein traditioneller Katholizismus dominant geblieben ist, der die Transformation zum Milieu höchstens in An-

9 Die bayerische Ostmark, ein bedrohtes Grenzgebiet. Auf Grund amtlichen Materials zusammengestellt im Bayer. Staatsministerium des Innern, München 1930. Vgl. auch: Erwein Freiherr von Aretin, Die Not der bayerischen Ostmark, in: Das Bayerland 43 (1932) 268-274.

10 Vgl. Helmut Schaller, Die bayerische Ostmark – Geschichte des Gaus 1933-1945. Zwölf Jahre gemeinsame Geschichte von Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern (= Studien zur Zeitgeschichte 50), Hamburg 2006.

sätzen vollzogen habe.¹¹ Die Notwendigkeit zur modernisierenden Milieubildung habe sich gemäß diesem Modell aufgrund von gesellschaftlichen Konflikten vollzogen (Zentrum/Peripherie, Staat/Kirche, Stadt/Land, Arbeit/Kapital), die sich mit der Konfession verbinden konnten und regional unterschiedlich intensiv und schnell zur Modernisierung und Versäulung in katholischen Regionen geführt haben.¹² Um die Intensität dieses Prozesses zu messen, greift man auf die Zahl der Jahreskommunionen geteilt durch die Zahl der Osterkommunionen zurück; ein hoher Indikator deutet darauf hin, dass viele Katholiken zu einer modernisierten ultramontanen Frömmigkeit gelangt sind und das traditionell rituelle Maß der nur einmaligen jährlichen Kommunion überboten haben.¹³ Nun ist den Autoren, was die altbayerischen Gebiete angeht, durchaus Recht zu geben, dass hier die Organisation in Vereinen tendenziell etwas später und nicht ganz so intensiv als in Westdeutschland vor sich ging.¹⁴ Auch war die Zentrumsbindung in Bayern unter den praktizierenden Katholiken tendenziell ein wenig schwächer. Dennoch werden hier ausgehend vom westdeutschen Katholizismus Kriterien und Behauptungen aufgestellt, die den bayerischen – wie in anderer Hinsicht auch den Verhältnissen in Schlesien und Ostpreußen – nicht ganz gerecht werden. Dies hat vor allem folgende Gründe:

(a) Es ist historisch nicht korrekt, zu behaupten, in Bayern hätten der Staat/Kirche-Konflikt bei der Milieubildung im 19. Jahrhundert keine Rolle gespielt; auch alle anderen der vier Cleavages waren von Bedeutung und konnten sich mit dem konfessionellen Faktor verbinden.

(b) Ein gewisser gradueller Unterschied im Tempo der Modernisierung sollte nicht überbewertet werden und dürfte insbesondere in jenem Zeitraum ab 1915, in dem die kirchliche Statistik einsetzt, keine derart entscheidende Rolle mehr spielen. Richtig ist natürlich, dass stärkere gesellschaftliche Umwälzungen und Infragestellungen und eine ausgeprägtere Minderheitensituation den Klerus früher zur Ausbildung massenmobilisierender Strukturen zwangen.

11 Vgl. Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte: Konfession und Cleavages im 19. Jahrhundert. Ein Erklärungsmodell zur regionalen Entstehung des katholischen Milieus in Deutschland, HJb 120 (2000) 359-395, hier v.a. 366 f.

12 Vgl. ebd. 372-379.

13 Vgl. ebd. 364 f.

14 Für Regensburg vgl. etwa Karl Hausberger, Geschichte des Bistums Regensburg. II: Vom Barock bis zur Gegenwart, Regensburg 1989, 217-221; zum katholischen Vereinswesen in Bayern in den 1920er Jahren vgl. den Überblick in: Handbuch für bayerische Kirchengeschichte. III: Vom Reichsdeputationshauptschluss bis zum Zweiten Vatikanischen Konzil. Hg. von Walter Brandmüller, St. Ottilien 1991, 361-379 (Winfried Becker).

(c) Das Verhältnis von Jahreskommunion zu Osterkommunion ist zur Erfassung der Milieuintensität gut quantifizierbar, aber notgedrungen auch unterkomplex. In diese Zahlen spielen regionale Frömmigkeitstraditionen und theologische Formungen, ein unterschiedlicher Grad an Klerikalismus und Antiklerikalismus, eine unterschiedliche Praxis der Jugenderziehung, Unterschiede zwischen Stadt und Land, Männern und Frauen eine erhebliche Rolle. Auch ist es nicht unproblematisch, aus der Zahl der Jahreskommunionen diejenige in klösterlichen Gemeinschaften, in Anstalten und in Wallfahrtskirchen einfach herauszurechnen.

Vergleicht man das Regensburger Bistum mit der Diözese Münster, die nach dem Modell Arbeitskreises eine besonders intensive und früh einsetzende Milieubildung kennzeichnet¹⁵, sowie mit dem besonders ländlichen, durch eine intensive Kirchenbindung aber auch ausgeprägte Milieubildung gekennzeichneten Dekanat Cloppenburg¹⁶, so kommt man zu folgenden Zahlen¹⁷:

	1920	1925	1929	1933	1936
Bistum Münster:					
Osterkommunion:	56,4%	57,9%	59,3%	60,8%	60,8%
Jahreskommunion:	16,2	16,4	15,1	19,1	22

Bistum Regensburg:					
Osterkommunion:	74,5%	75,5%	74,9%	75,4%	76,0%
Jahreskommunion	10,1	9,8	10,3	12,8	14,3

Dekanat Cloppenburg:					
Osterkommunion:	68,4%	71,9%	73,7%	77,0%	74,5%
Jahreskommunion:	15,5	13,4	14,5	16,4	18,7

15 Vgl. Arbeitskreis für kirchliche Zeitgeschichte (AKKZG), Münster, Katholiken zwischen Tradition und Moderne. Das katholische Milieu als Forschungsaufgabe, in: Westfälische Forschungen 43 (1993) 588-654, hier v.a. 631-644.

16 Vgl. Konfession und Cleavages (wie Anm. 11) 369 f.

17 Die Zahlen sind den jeweiligen Jahrgängen des Kirchlichen Jahrbuchs entnommen.

Aus dieser Gegenüberstellung kann man zunächst entnehmen, dass der Jahreskommuniondurchschnitt tendenziell um so niedriger ist, je mehr die Kirche noch Volkskirche ist; der Kirchenbesuch war aber in der gesamten Diözese Regensburg, zu der auch größere Städte gehörten, fast konstant höher selbst als im Dekanat Cloppenburg. Zudem ist ebenfalls klar zu erkennen, dass nach und nach in ganz Deutschland eine neue Frömmigkeitshaltung, die häufiger zur Kommunion ging, sich ausbreitete und die Zahlen überall allmählich deshalb anstiegen. Die Regensburger Zahlen sind hier während der gesamten Zeit signifikant niedriger als diejenigen im Bistum Münster; überall findet sich jedoch dieselbe ansteigende Tendenz. Langfristig scheinen sogar die Differenzen in ihrem Gewicht dadurch etwas abgenommen zu haben. Außer der ländlichen Struktur ist hier tatsächlich von einer größeren Zahl von Katholiken auszugehen, die sich als praktizierend katholisch versteht, deren Folgsamkeit gegenüber den Weisungen und Aufforderungen des Klerus jedoch tendenziell geringer ist, die also eine gewisse antiklerikale Distanz zur Amtskirche bewahrten. Für breite andere Schichten der praktizierenden Katholiken dürften hingegen auch in Bayern Frömmigkeit und organisatorisches Erfasstwerden durchaus mit demjenigen in Westdeutschland vergleichbar sein.

Als Resultat wird man zunächst festhalten dürfen, dass im Bistum Regensburg mit konstant 75% die praktizierenden Katholiken einen besonders hohen Bevölkerungsanteil darstellten, die Kirche also besonders breit in der Bevölkerung verwurzelt war. Dies hatte zur Folge, dass die Notwendigkeit zu Organisation und Modernisierung von Sozialverhalten und Frömmigkeit etwas verspätet einsetzte, der Anteil der häufig kommunizierenden aufgrund volkskirchlicher Strukturen und verspäteter Modernisierung aber etwas niedriger lag als in Westdeutschland. Hinzu scheint ein größerer Anteil praktizierender Katholiken zu kommen, der den Weisungen des Klerus außerhalb des Kernbereichs des Glaubens in einer gewissen Distanz verharrt. Grundsätzlich lassen sich jedoch parallele Entwicklung feststellen und scheinen die Gemeinsamkeiten deutlich zu überwiegen, weshalb im Folgenden von einem – eben stark volkskirchlich und ländlich geprägten – katholischen Milieu in der Oberpfalz gesprochen wird.

Ähnliche Beobachtungen lassen sich innerhalb der Diözese Regensburg treffen. In Dekanaten wie Beilngries und Cham (etwas Industrie), die homogen katholisch und ländlich strukturiert waren und einen hohen Anteil Osterkommunikanten aufwiesen, lag der Kirchenbesuch höher als in dem durch Industrie (v.a. die Maxhütte) und Gemischtkonfessionalität geprägten Dekanat Sulzbach (rund 1/3 Protestanten). Hier ist aber dennoch interessant, dass in Beilngries nicht nur die Zahl der Osterkommunikanten über derjenigen in Cham lag, son-

dem auch eine deutlich höhere Intensität an Jahreskommunionen.¹⁸ Bereits hier lässt sich also vermuten, dass der Anteil der praktizierenden, aber zur Amtskirche distanzierenden („antiklerikalen“ Katholiken) in Cham höher war. Dies spiegelt sich auch im unterschiedlichen Wahlverhalten wider.

Hierzu ist es notwendig, die Wahlergebnisse in verschiedenen Wahlkreisen der Oberpfalz zu analysieren. Wie in ganz Deutschland war auch in Bayern das Stimmverhalten stark konfessionell geprägt und erzielte die NSDAP in katholischen Gebieten weitaus schlechtere Wahlergebnisse als in protestantischen Gegenden. Dennoch lohnt eine genauere Differenzierung. Hierzu sollen die Wahlergebnisse der Bayerischen Volkspartei und der rechtsextremen Parteien mit der Zahl der praktizierenden Katholiken in Beziehung gesetzt werden. Verglichen werden die Ergebnisse der Reichstagswahlen vom 4. Mai 1924, vom 20. Mai 1928, vom 31. Juli 1932 und vom 6. November 1932. Verglichen werden sollen die Ergebnisse in Weiden und Regensburg, zwei Städten mit bedeutenderem protestantischem Bevölkerungsanteil, in Sulzbach, ebenfalls gemischtkonfessionell und industrialisiert, in Kemnath und Nabburg, zwei ländlichen Kreisen in der Nord- und Mitteloherpfalz, wobei Kemnath leicht industrialisiert war und kleine protestantische Enklaven hatte, dazu der ländliche und fast rein katholischen Kreis Beilngries im Westen der südlichen Oberpfalz und Cham im Bayerischen Wald, das ebenfalls geschlossen katholisch war, aber über etwas Industrie verfügte.¹⁹

18 Cham 1924: Osterkommunion 74,5%; Jahreskommunion 8,2; 1929: 73,0%, 10,1; 1933: 74,5%, 10,3; Beilngries: 1924: 81,1%, 12,7; 1929: 77,6%, 15,0; 1933: 81,1%, 19,3; Sulzbach 1924: 69,0%, 8,2; 1929: 69,3%, 13,1; 1933: 72,0%, 19,6.

19 Die Ergebnisse sind entnommen: Zeitschrift der Bayerischen Statistischen Landesamts 56 (1924) 256 f.; 60 (1928) 467 f.; 64 (1932) 462 f.; 65 (1933) 94 f. – Zu den Zahlen ist vor allem noch Folgendes zu bemerken. Gerade 1924 waren die völkischen Stimmen noch nicht alle auf die NSDAP konzentriert, es gab also weitere rechtsnationale Parteien; in den Städten Regensburg und Weiden hatten zunächst auch die liberalen Parteien einen Stimmanteil von über 10%, der – wie in ganz Deutschland – mit der Weltwirtschaftskrise eingebrochen ist. Auf dem Land spielten die liberalen Parteien hingegen kaum eine Rolle. 1924 konnte zudem in der nördlichen Oberpfalz die christsoziale Partei als linke Alternative für praktizierende Katholiken einige Prozent der Stimmen holen, im Kreis Kemnath etwa 7,0%.

Reichstagswahl in der Oberpfalz 1924-1932

Stadt Regensburg:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	41,8	9,7	6,7	0,0	15,8	12,9
1928	44,7	4,1	6,0	1,2	24,9	3,0
1932/7	45,1	29,1	2,1	0,1	19,8	9,1
1932/11	46,3	17,1	3,9	0,1	19,8	9,1

Stadt Weiden:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	35,8	22,0	2,7	0,2	16,6	14,0
1928	35,8	8,8	4,8	1,8	34,1	1,2
1932/7	38,8	24,0	2,7	0,1	20,6	9,4
1932/11	37,2	25,7	4,3	0,1	20,3	10,6

Kreis Sulzbach	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	18,4	25,9	6,7	1,0	14,8	10,9
1928	22,0	5,7	43,5	1,1	16,2	5,5
1932/7	19,5	51,6	5,7	0,2	13,4	7,9
1932/11	20,5	40,3	15,0	0,2	10,3	9,5

Stadt Kemnath:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	59,4	12,5	2,9	1,0	12,4	1,9
1928	49,6	7,0	3,5	13,6	19,8	0,5
1932/7	56,7	23,2	1,3	1,2	8,9	7,0
1932/11	55,3	22,5	1,9	2,0	8,1	8,2

Kreis Nabburg:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	76,8	9,1	1,2	2,4	3,0	4,9
1928	59,2	4,7	2,2	19,0	8,7	1,1
1932/7	66,3	16,6	1,0	1,7	6,5	5,8
1932/11	66,1	16,8	1,4	1,9	5,7	6,1

Stadt Beilngries:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	73,1	6,6	3,7	3,4	1,3	3,1
1928	68,5	2,9	5,4	13,3	3,1	1,0
1932/7	68,0	20,9	2,9	1,6	1,9	2,5
1932/11	69,6	18,7	2,5	1,7	2,1	3,1

Kreis Cham:	BVP	NSDAP	DNVP	Bauern	SPD	KPD
1924	50,1	7,9	1,3	18,6	3,5	14,2
1928	31,2	2,2	0,9	42,8	11,6	4,4
1932/7	47,5	15,4	1,0	12,2	7,0	15,4
1932/11	45,1	12,5	1,5	16,9	6,2	5,8

Versucht man diese Zahlen analytisch zu durchdringen, so erhält man folgendes Resultat:

1. Die Stimmzahl für die katholische Partei ist ebenso wie diejenige für die Arbeiterparteien zugunsten des Nationalsozialismus erst am Ende der Weimarer Republik ein wenig eingebrochen; die Hauptwählerschicht der Nationalsozialisten bildeten diese Wählergruppen freilich nie.
2. Die Bayerische Volkspartei konnte in einem Kreis wie Beilngries und teilweise auch in Nabburg das Wählerreservoir der praktizierenden Katholiken weitgehend ausschöpfen, in anderen Gegenden, vor allem im Bayerischen Wald, etwa in Cham, jedoch nie. Hier wurde ein guter Teil der Landbevölkerung von den konservativen, aber oftmals antiklerikalen Bauernparteien erreicht. Dies korreliert nun interessanterweise tendenziell mit dem geringeren Prozentsatz an Kommunionempfang unter den praktizierenden Katholi-

ken etwa in Cham. Ein deutlicher Hinweis, dass nur ein Teil der gläubigen Katholiken sich vom Klerus auch das Wahlverhalten und eine Veränderung in der Frömmigkeitspraxis vorschreiben ließ; der Anteil jener praktizierenden, aber antiklerikalen Katholiken war regional somit unterschiedlich verteilt und besonders im Bayerischen Wald stark vertreten.

3. Die Deutschnationale Volkspartei spielte vor allem dort eine Rolle, wo es eine größere Anzahl von Protestanten gab; ganz besonders aber in Sulzbach, wo 1932 dann zudem die Nationalsozialisten sehr hohe Ergebnisse erzielten. Dies hängt mit dem hohen Protestantenanteil und der mittelständischen Prägung der städtischen Bevölkerung zusammen, dazu aber auch mit der Politik der Stahlindustrie, also vor allem der Maxhütte und deren Verflechtung mit den nationalen Parteien, schließlich auch mit der nationalkonservativen Agitation der „Sulzbacher Zeitung“.²⁰

Für das katholische Milieu in der Oberpfalz lassen sich somit folgende grundsätzliche Feststellungen machen: Die Oberpfalz war zu 92% katholisch; von den Katholiken praktizierten ihren Glauben mehr als 75%; dabei handelte es sich um eine weitgehend ländlich geprägte, dünn besiedelte und strukturschwache, volkkirchlich-traditionelle Gegend, bei der Modernisierungs- und Organisationsprozesse im Katholizismus mit einer gewissen Verzögerung einsetzten, ohne dass sich die Milieustrukturen dadurch grundsätzlich und total von anderen katholischen Milieus, etwa in Westdeutschland unterschieden haben. Ein überaus bedeutsames Moment, das in der Zeitgeschichtsforschung bislang viel zu wenig gewürdigt wurde, ist jedoch zudem die Frage, wie weit die Loyalität und Gehorsamsbereitschaft der Bevölkerung gegenüber dem Klerus ging. Hier kann die Häufigkeit des Kommunionempfangs in Kombination mit den Stimmen für die katholischen Parteien als Indikator dienen. Dies ist für die Entwicklung nach 1933 deshalb von herausragender Bedeutung, weil die kirchli-

20 Vgl. Erwin Lehner, Sulzbach-Rosenberg zur Zeit der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus, in: Eisenerz und Morgenglanz. Geschichte der Stadt Sulzbach-Rosenberg. I-II (= Schriftenreihe des Stadtmuseums und Stadtarchivs Sulzbach-Rosenberg 12), Amberg 1999, hier I 329-368; Bernhard Piegsa, Aufbruch zwischen Schloß und Hüttenwerk. Sulzbach-Rosenberg von der „Weimarer Republik“ zum „Wirtschaftswunder“ (= Schriftenreihe des Stadtmuseums und Stadtarchivs Sulzbach-Rosenberg 21), Amberg 2005. – 1929 übernahm Friedrich Flick (1883-1972) die Aktienmehrheit an der Maxhütte. Zum ihm vgl. Johannes Bär, Axel Drecoll, Bernhard Gotto, Kim Christian Priemel und Harald Wixforth, Der Flick-Konzern im Dritten Reich, München 2008. – Die etwas höheren Werte für die NSDAP in der nördlichen Oberpfalz dürften besonders auch mit den Agitationen des späteren Gauleiters Adolf Wagner (1890-1944) von der Ortsgruppe Erbdorf zusammenhängen, die 1923 gegründet wurde. Vgl. Christian Pöllath, Nationalsozialismus in Erbdorf. Die politischen Anfänge des Gauleiters Adolf Wagner (1890-1944), Staatsexamensarbeit, Regensburg 2005.

che Leitung immer einkalkulieren musste, dass ein größerer Teil der Katholiken sich zwar als praktizierend verstand, aber sich in politischen Dingen vom Klerus nicht bevormunden lassen wollte. Hierbei ist grundsätzlich zu konstatieren, dass einerseits in Bayern die Zentrumsbindung und Kommunionintensität niedriger als etwa im westlichen Deutschland unter den praktizierenden Katholiken war, dass aber umgekehrt die Oberpfalz im Vergleich zum noch geschlossener katholischen Niederbayern weniger antiklerikal war; die Oberpfalz hat in Bayern stets mit Abstand die besten BVP-Ergebnisse eingefahren, vor allem deutlich höhere als Niederbayern, wo die insgesamt wohlhabenderen und selbstbewussteren Bauern noch viel mehr antiklerikale Bauernparteien wählten. Lediglich der an Niederbayern angrenzende Bayerische Wald war durch einen annähernd ebenso hohen Stimmenanteil für den Bauernbund geprägt. Allerdings gingen auch die Wähler der zumindest teilweise antiklerikalen Bauernparteien zunächst nur in einem sehr geringen Grad zur NSDAP über; dennoch mussten sich die Bischöfe natürlich die Frage stellen, inwieweit die Bevölkerung bereit war, ihnen politisch unter den Bedingungen nach 1933 zu folgen.²¹

2. BISCHOF BUCHBERGER UND DIE REGENSBURGER DIÖZESANLEITUNG IM DRITTEN REICH

Um die Eigenart der Politik des für den weitaus größten Teil der Oberpfalz zuständigen Bischofs von Regensburg nach 1933 interpretieren zu können, muss zunächst ein Blick auf das staatliche Gegenüber mit seinem für den NS-Staat charakteristischen Kompetenzüberschneidungen und konkurrierenden Zuständigkeiten geworfen werden. Starke Hoffnungen gegen staatliche Unrechtshandlungen setzte die kirchliche Seite zunächst auf den nationalkonserva-

21 1924: Oberpfalz 57,1% BVP zu 4,1% Bauernpartei, Niederbayern: 42,0% zu 27,4%; 1928: Oberpfalz 50,6% zu 12,9%, Niederbayern 37,3% zu 35,3%; 1932/7: Oberpfalz 52,7% zu 2,2%, Niederbayern: 43,2% zu 14,4%; 1932/11: Oberpfalz: 52,8% zu 2,8%, Niederbayern: 41,3% zu 18,9%. Bayernweit erzielte die BVP nach der Oberpfalz deshalb regelmäßig in Unterfranken die besten Wahlergebnisse. Umgekehrt hatte die NSDAP ihre Hochburgen in Mittelfranken, Oberfranken und der Pfalz, ihre schlechtesten Ergebnisse aber in der Oberpfalz und in Niederbayern. Vgl. Zeitschrift des Bayerischen Statistischen Landesamts 56 (1924) 264; 60 (1928) 473; 64 (1932) 468 f.; 65 (1933) 100 f. – Zur Entwicklung der BVP, deren föderalistisch-antisozialistische Kritik an der Weimarer Verfassung bei allen Verdiensten auch ein negativ-destabilisierendes Element für die Demokratie in Deutschland bedeutete, in der Endphase der Weimarer Demokratie und zur nationalsozialistischen Machtergreifung vgl. Falk Wiesmann, Die Vorgeschichte der nationalsozialistischen Machtübernahme in Bayern 1932(1933 (= Beiträge zu einer historischen Strukturanalyse Bayerns im Industriezeitalter 12), Berlin 1975.

tiven und bewusst katholischen Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946), dessen faktischer Einfluss freilich bald auf ein Minimum zusammengeschrumpft war, zumal er der einzige Reichsstatthalter, der nicht zugleich Gauleiter gewesen ist, war.²² In der bayerischen Regierung übte bald der Gauleiter von Oberbayern und Innenminister Adolf Wagner (1890-1944) den größten Einfluss aus, der über enge Beziehungen zu Hitler verfügte und die Kirche rücksichtslos aus ihren gesellschaftlichen Stellungen verdrängen wollte.²³ Bis zu seinem Unfalltod 1935 war auch der Kultusminister und Gauleiter der Ostmark Hans Schemm (1891-1935) ein Schwergewicht im Kabinett, der über eine enorme charismatische Ausstrahlung verfügte und eine eher christlich-nationalistische Richtung verfolgte.²⁴ Sein Nachfolger als Leiter des Gaus Bayerische Ostmark, Fritz Wächtler (1891-1945), verstrickte sich in zahlreiche Auseinandersetzungen um Kompetenzen mit der Münchener Regierung. Das Amt der Regierungspräsidenten wurde im Laufe der NS-Herrschaft immer mehr durch die Gauleiter ausgehöhlt²⁵; zunächst residierte in Regensburg mit Heinrich Wirsching (1875-1950) noch ein ideologisch nicht gleichgeschalteter, wenn auch den neuen Machthabern gegenüber loyaler Leiter der Mittelbehörde; er wurde 1935 durch den brutalen und antiklerikalen Wilhelm Freiherr von Holzschuher (1893-1965) ersetzt, der 1939 wegbefördert und kaltgestellt wurde. Die Nachfolger Friedrich Wimmer (1897-1965) und Gerhard Bommel (1902-1966) waren qualifizierter und gemäßigter, ohne einen über den administrativen Vollzug hinausgehenden bedeutenderen Handlungsspielraum zu besitzen²⁶; der Kirchenkampf wurde seither im wesentlichen nur noch von der

22 Vgl. Bernhard Grau, Der Reichsstatthalter in Bayern: Schnittstelle zwischen Reich und Land, in: Hermann Rumschöttel / Walter Ziegler (Hg.), Staat und Gaue in der NS-Zeit. Bayern 1933-1945 (= ZBLG. Beiheft 21), München 2004, 129-169; Katja Maria Wächter, Die Macht der Ohnmacht. Leben und Politik des Franz Xaver Ritter von Epp (1868-1946) (= Europäische Hochschulschriften 3.824), Frankfurt am Main 1999.

23 Vgl. Walter Ziegler, Das Selbstverständnis der bayerischen Gauleiter, in: Rumschöttel/Ziegler, Staat 77-125, v.a. 112-121; Hermann Rumschöttel, Ministerrat, Ministerpräsident und Staatskanzlei, in: Ebd. 41-75; Walter Ziegler, München als politisches Zentrum Bayerns: Regierungssitz und Gauhauptstadt, in: München – „Hauptstadt der Bewegung“. Bayerns Metropole und der Nationalsozialismus. Hg. von Richard Bauer u.a., München 2002, 212-218; vgl. dazu im Katalogteil 231.

24 Vgl. Ziegler, Selbstverständnis (wie Anm. 23) v.a. 101-103; Rumschöttel, Ministerrat (wie Anm. 23); Franz Kühnel, Hans Schemm. Gauleiter und Kultusminister (1891-1935) (= Nürnberger Werkstücke zur Stadt- und Landesgeschichte / Schriftenreihe des Stadtarchivs Nürnberg 37), Nürnberg 1985.

25 Vgl. Stephan Deutinger, Die bayerischen Regierungspräsidenten, in: Rumschöttel/Ziegler, Staat (wie Anm. 22) 379-417.

26 Vgl. ebd. 394-398; Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) XXV-XXXI.

Gestapo betrieben.²⁷ Die Konkurrenz zwischen radikal antiklerikalen und gemäßigten Strömungen, der Kompetenzenwirrwarr zwischen Reichs-, Landes-, Bezirks und Parteibehörden mit unterschiedlichen Zielen war also kennzeichnend für die Situation in der Oberpfalz. Aufs Ganze verfolgten die Mittelbehörden hier einen kirchenpolitisch im Vergleich zu München oder Würzburg etwas zurückhaltender Kurs, so dass Zusammenstöße oft eher auf der unteren Ebene stattfanden. Dem entsprach ein eher defensiver Kurs des Bischofs von Regensburg, Michael Buchberger.²⁸

Buchberger war 1927 als Protegé Michael Faulhabers (1869-1952) an die Spitze der Regensburger Diözese gelangt. Dort sollte er von außen die Gräben, die durch langen und zermürenden Streitigkeiten zwischen dem Generalvikar Alfons Maria Scheglmann (1858-1937) und dem Domdekan Franz Xaver Kiefl (1869-1928) auf der einen Seite, Weihbischof Johann Baptist Hierl (1856-1936) und dem restlichen Domkapitel auf der anderen Seite entstanden waren, überwinden helfen.²⁹ Für seine Tätigkeit als Diözesanbischof qualifizierten ihn Promotion, kirchenrechtliche Lehrtätigkeit und Herausgeber Tätigkeit; zudem das enge Vertrauensverhältnis zu den Münchener Erzbischöfen als Domkapitular (1908), Generalvikar (1919) und Weihbischof (1923). In der Begleitung der bayerischen Feldpröpsten, der Münchener Erzbischöfe Franziskus Bettinger (1850-1917) und Faulhaber, sammelte Buchberger auch Fronterfahrungen im Ersten Weltkrieg, deren Frucht mehrere Veröffentlichungen waren.³⁰

Fragt man nach der Eigenart von Buchbergers Interpretation der politischen Situation und des Nationalsozialismus, seiner Stellungnahmen, seiner kirchenpolitischen Taktik und seiner Position im bayerischen und deutschen Episkopat, so lassen sich folgende Grundlinien nachzeichnen:

(a) Buchberger gehörte zu denjenigen Bischöfen, die schon in der Zeit vor dem Nationalsozialismus ein klares politisches Profil entwickelt und deutliche Stellungnahmen abgegeben haben. Grundlegend war für ihn eine Ablehnung von Sozialismus und Kommunismus, und so bestimmte die zugespitzte Dichotomie

27 Vgl. Ziegler, *Kirchliche Lage* (wie Anm. 8) XL.

28 Vgl. Gerhard Braun, *Der Kirchenkampf in der Diözese Regensburg unter besonderer Berücksichtigung des Bischofs Michael Buchberger (1933-1945)*, Zulassungsarbeit im Fach mittlere und neuere Geschichte. Herbst 1979, ungedruckt.

29 Vgl. Karl Hausberger, *Franz Xaver Kiefl (1869-1928). Schell-Verteidiger, Antimodernist und Rechtskatholik* (= Quellen und Studien zur neueren Theologiegeschichte 6), Regensburg 2003.

30 Vgl. Michael Buchberger, *Die bayerische Feldsorge im Weltkriege*, Kempten-München 1916. Solche und ähnliche Schriften Buchbergers waren seelsorglich orientiert, verklärten freilich im Stil der Zeit den Kampf für das Vaterland und den Heldentod.

zwischen schwarz und rot bzw. liberal-laizistisch in der Zeit vor 1933 dessen Sicht auf die Parteienpolitik.³¹ Dadurch war aber eine weltanschauliche Ablehnung des Nationalsozialismus mitbedingt, in dem weite Strömungen antiklerikal und antikirchlich und völkisch waren und in dem er sozialistische Elemente erkannte. Lehnte er so als Mann des Zentrums bzw. der BVP die Radikalen auf der Linken und der Rechten ab, so sah er doch die Hauptgefahr im Sozialismus, wobei er auch die SPD darunter subsumierte³²; im Nationalsozialismus sah er ein „unausgegorenes“ Gemisch, in dem positiv-konservative und negativ-zersetzende, sozialistische Elemente vereint waren. Ein Teil der Anhänger sei deshalb nur durch die Notlage zu ihm getrieben worden. Auf weltanschaulich-religiösem Gebiet sei der Nationalsozialismus mit seiner Ablehnung des Alten Testaments, des Christusglaubens, des Papsttums und des christlichen Sittengesetzes „mit der katholischen Kirche nicht vereinbar“.³³ Andererseits gab es auch berechnete Teilelemente wie das Wiedererwachen des nationalen Bewusstseins und eine gewisse Notwehr gegen „Zynismus“ und „unguten Einfluß“ des Judentums³⁴, Erwachen des nationalen Bewusstseins in Deutschland als gesunde Reaktion auf die vom Ausland zugefügten Demütigungen.³⁵

Als das Mainzer Ordinariat 1930 die bekannte scharfe Verurteilung gegen den Nationalsozialismus ausgesprochen hatte, riet Buchberger gegenüber Faulhaber von einer solchen bischöflichen Stellungnahme ab. Er nannte bereits jene Gründe, die in der Zukunft seine Haltung bestimmen sollten: Unter den Anhän-

31 Vgl.: „Viele finden es auffällig, wenn die Bischöfe in so feierlicher Form gegen den Nationalsozialismus auftreten, während sie es nicht tun gegenüber dem furchtbarsten Feind jeglicher Religion, dem Kommunismus und Marxismus. Die Nationalsozialisten bekämpfen faktisch diese ärgsten Glaubens- und Gottesfeinde, wenn auch nicht immer mit rechten Gründen und in rechter Weise. Ob nicht eine Reserve deswegen angezeigt ist, weil wir eine so große und mächtige Bewegung, wie sie z[ur] Z[eit] noch der Nationalsozialismus ist, nicht von ihrem Gegner ablenken und ihre ganze Stoßkraft auf uns richten sollten? Es könnte eine Zeit kommen, wo wir von beiden Seiten umklammert und unterdrückt werden.“ Bischof Buchberger an Faulhaber, 29. Januar 1931, in: Ludwig Volk (Bearb.), Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917-1945. I: 1917-1934, II: 1935-1945, Mainz 1975/1978, I 537-539, hier 539. – Dem korrespondierte die Sorge, gläubige Katholiken, die sich „aus der erdrückenden wirtschaftlichen Not“ der NSDAP angeschlossen hätten, könnten in ihrer antiklerikalen Verbitterung „gegen die kirchliche Autorität“ noch bekräftigt werden. Ebd. 538.

32 Vgl. Michael Buchberger, Gibt es noch eine Rettung? Gedanken zur heutigen Zeit und Lage, Regensburg [ohne Jahr, 1931 oder später], v.a. 78-93.

33 Vgl. ebd. v.a. 98-105.

34 Vgl. ebd. 95-98.

35 Ebd. 95.

gern des Nationalsozialismus fanden sich auch gläubige, kirchentreue Katholiken. Diese seien aus wirtschaftlicher Not in das nationalsozialistische Lager übergetreten. Eine öffentliche Verurteilung würde diese Menschen von der Kirche entfremden und verbittern, jedenfalls nicht zum Erfolg führen, zumal auch diese den Bolschewismus als den Feind der Kirche betrachteten. Anstatt die Auseinandersetzung so in das politische und wirtschaftliche Gebiet zu tragen, für das die Kirche nur entfernt zuständig sei, komme es darauf an, die Katholiken weltanschaulich gegen die teilweise kirchen- und glaubensfeindlichen weltanschaulichen Äußerungen nationalsozialistischer Zeitungen zu immunisieren. Buchberger riet also, die Dinge politisch sich entwickeln zu lassen und das Gebiet von Weltanschauung und Seelsorge als die ureigensten kirchlichen Aufgaben zu verteidigen.³⁶ Wichtig wieder seine Gründe: (a) Einerseits sollte der Gegner nicht unnötig verbittert werden, da er bereits 1931 die Gefahr sah, dass die Kirche einmal zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus umklammert werde. (b) Oft unterschätzt, aber das eigentliche Motiv Buchbergers war jedoch eine andere Sorge: Die Angst, dass zahlreiche Katholiken, das katholische Milieu also, in Fragen der Politik und der Wirtschaft die bischöfliche Stellungnahme als Einmischung und Bevormundung empfänden, diese ablehnten, und dann der Kirche verloren gingen. Buchberger glaubte also, dass das katholische Milieu in Fragen des Gottesdienstes und des Glaubens treu zu den Bischöfen stehe, dass deren politischer Einfluss jedoch begrenzt sei und zu eindeutige Weisungen das Gegenteil bewirkten, also antiklerikale Affekte auslösten, das Kirchenvolk spalteten und teilweise von der Diözesanleitung entfremdeten und schließlich die Gefahr der Entkirchlichung mit sich brächten.³⁷ Genau dies aber war die Hauptangst, die Buchberger mit zahlreichen Bischöfen bewog, das politische Terrain weitgehend zu meiden und sich auf die innerkirchlichen Belange zu konzentrieren.³⁸

36 Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 29. Januar 1931, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 537-539.

37 Vgl. im selben Schreiben Buchbergers Sorge wegen des Antiklerikalismus der Lehrer in Niederbayern, oder auch folgende Stelle: „Die Kundgebung wird wohl die Verbitterung weiter Kreise, die noch katholisch eingestellt sein wollen, gegen die kirchliche Autorität vermehren, wird aus dem materiellen Fehler einen formellen machen. Die derzeitige Gereiztheit stammt zum großen Teil aus der erdrückenden wirtschaftlichen Not. Mit Rücksicht auf diese Grundlage dürfte äußerste Zurückhaltung, wenigstens taktisch, sich empfehlen.“ Ebd. 538.

38 Faktisch führte dies nun umgekehrt dazu, so Buchberger an Faulhaber, dass aufgrund der Regelung, den Ausschluss jedes einzelnen Nationalsozialisten von der Kirche erst zu prüfen, niemand mehr ausgeschlossen wurde. Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 30. Juni 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 753-755, hier 755.

Dementsprechend hoffte er nach 1933 noch eine Zeit lang, das konservativ-nationale Lager werde sich im Nationalsozialismus durchsetzen und die bisherigen Zusammenstöße seien als Anfangsschwierigkeiten zu erklären. Das demokratische System hatte die Gefahren von Antiklerikalismus, Entkirchlichung und Gottlosigkeit nicht wirklich aufzuhalten vermocht; es bedurfte einer entschiedeneren Politik. So verband Buchberger mit dem Aufstieg des Nationalsozialismus sowohl Hoffnungen wie auch Ängste: Hoffnungen, Gottlosigkeit und Unmoralität würden staatlich durch ein entschieden konservativ-autoritäres Regime in die Schranken gewiesen; zugleich aber die Sorge vor den kirchenfeindlichen, völkischen und gewalttätigen Elementen der nationalsozialistischen Bewegung. Ausdruck der Hoffnung war etwa die Befriedigung im Hirtenwort der bayerischen Bischöfe vom 5. März 1933, dass endlich gegen Badeunsitten, Schmutz- und Schundschriften und andere Gefahren vorgegangen werde.³⁹ Mit der faktischen Kirchenpolitik der Nationalsozialisten war Buchberger dagegen von Beginn an unzufrieden; zwar hoffte er noch lange Zeit, dass sich die gemäßigten Kräfte noch durchsetzen werden. Vorschußlorbeeren wollte er für die zahlreichen Gewalttätigkeiten gegen katholischen Laien aber keinesfalls erteilen; nach dem Ermächtigungsgesetz wollte er auf keinen Fall die katholischen Parteien aufgeben und die Laien nicht im Stich lassen.⁴⁰

(b) Damit stellte sich aber die Frage, ob und wie die Bischöfe überall dort reagieren sollten, wo das Regime offenkundig Unrecht und Gewalt verübte, ganz besonders gegen katholische Laien, die für katholische Parteien, Verbände und die katholische Presse tätig waren. Buchberger war, wie zunächst auch die übrigen Bischöfe, gegen die Mobilisation der Öffentlichkeit kritisch eingestellt⁴¹; zum einen war ein Kampf, da der politische Katholizismus nur etwa ein Sechstel der deutschen Bevölkerung hinter sich hatte, kaum zu gewinnen; man konnte sich überdies nicht sicher sein, wie viele katholische Laien dann wirklich hinter den Bischöfen stünden⁴²; außer einem Blutvergießen waren auch ansons-

39 Abgedruckt im Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1933) 43-48, hier v.a. 45 f.

40 Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 27. März 1933, in: Bernhard Stasiewski (Bearb.), Akten deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933-1945: I. 1933-1934 (= VKZG.A 5), Mainz 1968, 27 f.

41 Vgl.: „Die Grundhaltung Bischof Buchbergers in den Auseinandersetzungen mit dem NS-Staat läßt sich in etwa mit dem Begriff ‚pastorale Klugheit‘ wiedergeben. ... Aus der Kenntnis dieser Gefährlichkeit heraus versuchte Buchberger, der Institution Kirche ... möglichst viele Wirkungsmöglichkeiten zu erhalten.“ Eduard Kroher, Bischof Dr. Michael Buchberger und das Dritte Reich – Widerstand und Hirtensorge, Diplomarbeit in Katholischer Theologie, Juli 1980 (ungedruckt) 45.

42 Vgl. schon den Hirtenbriefentwurf Buchbergers für die bayerischen Bischöfe vom 11. April 1933 in: Stasiewski, Akten I (wie Anm. 40) 54-58.

ten die etwaigen Folgen nicht absehbar und drohten Anarchie und Revolution. Buchberger sah es als seine primäre Aufgabe an, das kirchlich-gottesdienstliche Leben zu sichern und den Glauben seiner Diözesankinder rein zu bewahren.⁴³ Um einen Bruch zu vermeiden, riet er zwar zu Kompromissen; einem Umbau der Vereine in die „katholische Aktion“ stand er jedoch ablehnend gegenüber, da dies nur als weitere Schwächung der katholischen Vereine benutzt werden würde und die italienische Idee nicht zugkräftig sei.⁴⁴ Die Aussichtslosigkeit der traditionellen Vereinstätigkeit zwang ihn dann schließlich doch, diese in seiner Diözese umzusetzen zu versuchen.⁴⁵ Der weitgehende Rückzug aus der gesellschaftlich-politischen Gestaltungsarbeit sollte freilich andererseits durch eine auf den religiös-geistlichen Bereich der Pfarrei konzentrierte Intensivierung der seelsorglichen Arbeit kompensiert werden, wofür die nach dem Codex Iuris Canonica von 1917 regelmäßig abzuhaltenden Diözesansynode im Jahr 1938 wichtige Vorschriften erlassen sollte.⁴⁶ Auch die Zunahme der Volksmis-

43 Vgl. v.a. den Fastenhirtenbrief von 1935, der Wesen und Kulturbedeutung des Christentums gegen Rosenberg und die völkisch-religiösen Bewegungen herausstellt, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1935) 13-23; Expositus August Maierhofer hatte Rosenberg 1935 daraufhin als „Schmierfink“ bezeichnet und wurde mit einer Geldstrafe belegt. Vgl. Monatsbericht der Regierung (April 1935), 7. Mai 1935, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 50-52, hier 51 mit Anm. 6. Der Fastenhirtenbrief 1936 verurteilte u.a. explizit den „Pfaffenspiegel“, vgl. Amtsblatt der Diözese Regensburg (1936) 17-22; der Fastenhirtenbrief 1937 wandte sich dann besonders gegen die deutschgläubige Bewegung. Vgl. Amtsblatt der Diözese Regensburg (1937) 17-25; gegen Mathilde Ludendorff nahm der Bischof auch mehrmals Stellung, vgl. v.a. Ansprache des H. H. Bischofs zum Abschluß der Volksmission im Dom zu Regensburg am 15. November 1936, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1936) 117-120, hier 119; vgl. auch Braun, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 94 f.

44 Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 5. März 1935, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 25-27.

45 Vgl. Katholische Aktion (Laienapostolat), in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1936) 60 f. – Unter dem gemäßigten Regierungspräsidenten Wirschlinger konnten sich die katholischen Jugendorganisationen zunächst halten; es kam deshalb zu zahlreichen direkten Zusammenstößen mit den nationalsozialistischen Verbänden. Ab Juli 1935 verfolgte Holzschuher dann einen radikalen Kurs und verbot jedes Mitwirken von Jugendlichen in konfessionellen Vereinen. Nach einer kurzen Beruhigung 1937 folgte ab 1938 der endgültige Niedergang des Vereinswesens. Vgl. Braun, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 50-52; Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) XXXVIII.

46 Intensive Anweisungen wurden etwa zum Thema Predigt getroffen, gleichzeitig diese aber auf den Bereich des Glaubens eingeschränkt und von den Zeitereignissen weggelenkt. Allerdings sollte auch dies seine Grenzen haben: Vgl.: „Was sollen wir predigen? Ueber die Kernwahrheiten des Glaubens und Hauptgebote des

sionen scheint kaum nur eine Angstvorstellung Holzschuhers gewesen zu sein, der freilich keine rechte Handhabe gegen diese wusste.⁴⁷

Als Abwehrstrategie favorisierte Buchberger den Protest, der nicht an die Öffentlichkeit ging, aber sich an die Regierungen in Bayern und das Reich wandte. Hirtenworte hingegen sollten vor allem aufklären und die Gläubigen im Glauben festigen⁴⁸. Auch ein persönliches Protestschreiben an Hitler ver-

christlichen Lebens, die wichtigsten Gnadenmittel zu einem Leben aus dem Glauben, über die Bedeutung des christlichen Glaubens für irdisches und ewiges Leben. Die Unwissenheit auf religiösem Gebiet bei alt und jung ist groß und verlangt Berücksichtigung bei Wahl des Themas, bei sachlicher und sprachlicher Darbietung. Zeitereignisse und Zeitverhältnisse sind in die Predigt nicht hineinzuziehen, soweit nicht die Verteidigung der Glaubenswahrheiten und des christlichen Sittengesetzes es verlangt.“ Zeitgemässe Seelsorge. Bericht über die Diözesansynode der Diözese Regensburg am 3. und 4. Oktober 1938, Regensburg 1938, 28; schon vorher: „Die Predigt hat sich ferne zu halten von allem Profanen, zumal jeglicher Politik. Sie hat das Gebiet des Glaubens, der christlichen Sitte und des Glaubens- und Gebetsleben zu behandeln.“ Ebd. 24; zur Predigt detailliert ebd. 24-30. Wichtige Gegenstände bildeten dann schulischer Religionsunterricht und Katechese, vgl. ebd. 37-56, und die Neugestaltung und Intensivierung der Jugendpastoral auf der Ebene der Pfarrei, ebd. 57-63. Vgl. hierzu: „Das Hauptgewicht der Jugendseelsorge wird jedoch in den Pfarreien selber liegen. Das geräuschlose, stille und zielbewußte Arbeiten je nach den örtlichen Verhältnissen wird den meisten Segen Gottes haben.“ Ebd. 61. – Die Pfarrgemeinde, ebd. 63-65, sowie Ehe- und Familie, ebd. 65-70, als Orte religiöser Praxis und religiösen Lernens wurden verstärkt reflektiert, das Laienapostolat neu konzipiert, ebd. 76-80, und detaillierte Literaturempfehlungen für die Laien gegeben, ebd. 81-86, 96 f. Den Priestern wird zudem ein „reines, heiliges Priesterleben“ eingeschärft, „nach all den Bitterkeiten, welche der geistliche Stand in den letzten Jahren wegen sittlicher Verfehlungen von einigen Priestern und Ordens-leuten hat auskosten müssen“. Ebd. 15.

- 47 Vgl.: „Daß die katholische Kirche alle ihre Mittel ausnützt, um auf die Gläubigen in kirchlichem und religiösem Sinne einzuwirken, zeigen auch die im Regierungsbezirk vorgenommenen Erhebungen über Volksmissionen. ... Eine solche Steigerung fand übrigens auch in den Jahren nach dem Krieg von 1919-1923 statt. Es zeigt sich hier zahlenmäßig, daß die Kirche, was ja auch sonst nicht zu verkennen ist, in den Zeiten, in denen sie ihre Interessen gefährdet glaubt, die ihr wirksam scheinenden Mittel zur Beeinflussung der Gläubigen sofort einsetzt.“ Monatsbericht der Regierung (Juni 1936), 7. Juli 1936, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 92-96, hier 93.
- 48 Vgl. die Reflexionen auf das geratene Vorgehen: Bischof Buchberger an Faulhaber, 6. April 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 702 f., v.a. 703; ders. an dens., 11. April 1933, in: Ebd. I 714-716; ders. an dens., 20. Dezember 1935, in: Ebd. II 92 f.; Bischof Buchberger an Bertram, 5. April 1933, in: Ebd. I 704.

fasste Buchberger.⁴⁹ In Hirtenworten und Schreiben an die Regierungsbehörden verteidigte er den Bereich der Glaubenslehre und des Gottesdienstes; die Belange der Seelsorge galt es primär zu sichern. Dem dienten nicht nur die Beschlüsse der Diözesansynode von 1938, sondern auch Buchbergers Hirten-schreiben, auf weltanschaulichem Gebiet sollte gegen alle glaubensfeindlichen Strömungen, gerade auch gegen die völkisch-neuheidnischen, eine klare Verurteilung ausgesprochen werden, wobei er gegen diese sogar Hitler selbst anführte.⁵⁰ Hier plädierte er auch von Beginn an für klare Worte, hier hatte der Gehorsam gegen staatliche Obrigkeiten seine Grenzen.⁵¹ Auch seine Hoffnungen, die er zunächst auf das Reichskonkordat setzte⁵², waren schnell begraben.⁵³

(c) Die Tendenz⁵⁴, in Dingen, bei denen man sich des Rückhalts im Kirchen-volk nicht sicher sein konnte und die nicht eindeutig in der kirchlichen Zuständig-keit lagen, Kompromisse zu suchen und zugespitzten öffentlichen Konflikten aus dem Weg zu gehen, machte sich dann vor allem während des Krieges geltend. Hier hätte sich in den Augen des Bischofs eine Spaltung unter den Katholiken doppelt verhängnisvoll ausgewirkt, hier wurden die Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg lebendig und erwachte in ihm selbst das nationale Empfinden. Hier wollte er zwar die Seelsorge sichern, ansonsten aber loyal

49 Vgl. Bischof Buchberger an Hitler, 3. Juli 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 746 f.

50 Vgl. den Fastenhirtenbrief des Jahres 1937, in: Amtsblatt für die Diözese Regens-burg (1937) 17-25.

51 Vgl.: „Der Entwurf zu einem gemeinsamen Hirtenbrief an die Katholiken Deutschlands, der uns zugegangen ist, will mich nicht ganz befriedigen. Ich meine, er redet zu wenig klar und konkret, geht um die großen Fragen und Pro-bleme zu sehr von außen herum, zeichnet die Lage zu wenig scharf und nimmt nur äußerst vorsichtig und von ferne Stellung zu besonderen Schwierigkeiten und kritischen Punkten. Insbesondere bitte ich, Ew. Eminenz, erwägen zu wollen, ob der Passus auf S. 2 vom Gehorsam gegen die obrigkeitliche Gewalt nach Röm 13,1 so ganz ohne Diskretion als ‚ewig giltig‘ d.h. für jeden Fall giltig bezeichnet werden kann. Ich denke bei dieser Frage an die derzeitigen Verhältnisse in Rußland, Me-xiko und Spanien.“ Bischof Buchberger an Faulhaber, 24. Mai 1933, Volk, Akten (wie Anm. 31) I 730 f., hier 730.

52 Vgl. Buchberger an Faulhaber 13. September 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 764; ders. an dens., 16. September 1933, in: Ebd. I 767.

53 Vgl. Entwurf Bischof Buchbergers an Pacelli, Anfang Oktober 1933, in: Stasiewski, Akten I (wie Anm. 40) 849-852; Bischof Buchberger an Faulhaber, 30. Juni 1934, in: Ebd. 718 Anm. 1; vgl. auch: Bischof Buchberger an Faulhaber, 15. Dezember 1934, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 914 f.

54 Eine Gesamtwürdigung dieser Einstellung bei Braun, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 159-163.

zum kämpfenden Vaterland stehen und ihm nicht in den Rücken fallen.⁵⁵ Er betete für die kämpfenden Soldaten, dass sie den Sieg über den gottlosen Bolschewismus erringen werden.⁵⁶ Auf tragische Weise kam diese Grundhaltung

55 Vgl: „Das deutsche Volk sieht in Bangen dem derzeitigen furchtbaren Ringen im Osten und in Afrika zu. Es hat das Bewußtsein: Hier wird um eine Entscheidung gerungen, die für das deutsche Volk Sein oder Nichtsein bedeutet. In diesem Augenblick ist tatsächlich die Verlesung des Hirtenwortes von unberechenbarer Bedeutung auch für den Fortgang und Ausgang des Krieges. Was böser Wille und Haß aus unserer Aktion machen werden, ist uns völlig klar. Drum sage ich nochmals: wenn schon überhaupt, dann doch nicht jetzt.“ Bischof Buchberger an Faulhaber, 26. November 1941, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) II 854 f.; vgl. auch ders. an dens., 20. März 1942, in: Ebd. II 881 f.; der Hirtenbrief wurden dann aber doch verlesen: Vgl. Monatsbericht der Regierung (März 1942), 10. April 1942, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 306 f., hier 307; vgl. auch Kardinal Bertram an Faulhaber, 10. August 1943, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) II 994 mit Anm. 3.

56 Vgl. etwa: „Es ist uns ja auch ein Herzensbedürfnis, den Schutz und die Hilfe der Mutter der Barmherzigkeit und Königin des Friedens herabzuflehen auf unsere heilige Kirche, auf unser teures Vaterland und vor allem auch auf unsere Krieger, die in so schweren Kämpfen stehen gegen den gottlosen und unmenschlichen Bolschewismus.“ Hirtenwort Buchberger, 28. September 1941, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1941) 65 f., hier 65; „Im Geist und Gebet weile ich täglich bei ihnen und begleite sie mit meinem Segen bei dem seelsorglichen Wirken, sowie bei ihrem schweren Dienst auf den weltweiten Kriegsschauplätzen, wo sie als Priester, Sanitäter und Soldaten treu und tapfer ihre vaterländische Pflicht erfüllen und mithelfen zur Niederringung des gottlosen und unmenschlichen Bolschewismus. Sancte Michael archangele, defende nos in proelio!“. Oberhirtlicher Dank, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1941) 69; ähnlich wird in einer Anweisung zur Feier der Gottesdienste an Christkönig und Allerseelen der deutsche Krieg als „Kampf gegen den Bolschewismus“ bezeichnet. Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1942) 47. In der auch dem Amtsblatt beigegeben Jahreschlusspredigt Buchbergers 1942 war zu hören/lesen: „Für unser teures Vaterland bedeutet das verflossene Jahr ein Stück Geschichte, inhaltsreicher und bedeutungsvoller, als sonst Jahrzehnte sind. Diese Geschichte ist geschrieben mit hartem und blutigem Griffel, geschrieben von unseren tapferen Heldensöhnen an den Fronten und von den unverdrossenen fleißigen Händen in der Heimat; Großes wurde in diesem Jahr geleistet in Feld und Heimat; im Kämpfen, im Ertragen und im Leiden. ... ‚Herr, bleib‘ bei uns!‘ Dieses Gebet senden wir heute zum Heiland empor für unser teures Vaterland. Das deutsche Volk ist seinen Weg jahrhundertlang mit Christus gegangen. Seine ganze Vergangenheit, sein reiches, geistiges, wirtschaftliches und kulturelles Schaffen, sein tiefes, glaubensinniges Seelenleben sind herrliche Beweise für seine innige Verbundenheit mit Christus, für den harmonischen Bund zwischen Christentum und Deutschtum ...“. Predigt Bischof Buchbergers zur Jahresabschlussfeier 1942 im Regensburger Dom, Beilage zum Amtsblatt 1 (1943).

und Solidarität zum Kriegsende beim offenkundigen Unverständnis des Bischofs für die Haltung seines Dompredigers Dr. Johann Maier zum Ausdruck, der sich gegen die letzten unsinnigen Verteidigungsmaßnahmen des Regimes erklärt hatte und dafür noch hingerichtet wurde, ohne dass der Bischof für ihn intervenierte.⁵⁷

3. KATHOLISCHES MILIEU UND NATIONALSOZIALISMUS IN DER OBERPFALZ

Die nationalsozialistische Kirchenpolitik und das Reichskonkordat gaben den Weg vor, den Katholizismus zu entpolitisieren, was von den Machthabern sehr weitgehend ausgelegt wurde; dies führte zum Verschwinden des politischen Laienkatholizismus, aber auch der Jugendorganisationen, eine Entwicklung, die Buchberger kritisch sah⁵⁸; die einseitige Konkordatsauslegung und –verletzung des Staats kritisierte er.⁵⁹ An katholischen Presseerzeugnissen blieb im wesentlichen das 1927 gegründete Regensburger Sonntagsblatt als Bistumszeitung, das aus Gründen der Anpassung und des Überlebens nach 1933 zu weitgehender Zurückhaltung verurteilt war.⁶⁰ Auch sonst versuchte Buchberger, die ka-

57 Vgl. Werner Johann Chrobak, Domprediger Dr. Johann Maier – ein Blutzeuge für Regensburg. Zum 40. Todestag neue Forschungen und Studien, in: VHVOR 125 (1985) 453-484, hier 470 f.

58 Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 3. April 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 692 f.

59 Vgl. die undatierte Denkschrift bei Paul Mai, Michael Buchberger 1927-1961 Bischof von Regensburg, in: BGBR 15 (1981) 39-68, hier 55-58, die aber doch wohl eine gute Zeit nach dem Abschluss des Konkordats von Buchberger aufgestellt worden sein wird.

60 Vgl. die differenzierte Analyse: Werner Chrobak, Die Regensburger Kirchenzeitung im Dritten Reich, in: BGRB 15 (1981) 389-430. Die feindliche Haltung vor 1933 gegenüber dem Nationalsozialismus war freilich mit einer ablehnenden Einstellung zur demokratischen Staatsform und dem Liebäugeln mit rechtsautoritären Modellen, wie etwa in Italien, verbunden. Vgl. ebd. 403 f. Nach 1933, besonders nach 1935, versuchte man, in Fragen des Dogmas und der Glaubenslehre Festigkeit zu zeigen und das Kirchenvolk zu immunisieren, zugleich aber die Kooperationsbereitschaft der Kirche im neuen Staat immer wieder herauszustreichen. Vgl. ebd. 419-430. Vgl. zum Sonntagsblatt und dessen Form der Anpassung auch Kroher, Buchberger (wie Anm. 41) 36-45. Vgl. dort: „Das Regensburger Sonntagsblatt mußte sich weitgehend auf indirekte Proteste gegen die glaubens- und kirchenfeindlichen Angriffe der Gegner beschränken. Es stellte den positiven Beitrag der Katholiken zum Staatswesen heraus und wirkte somit ... apogetisch.“ Ebd. 40. Als solche Grundsätze werden von Kroher herausgearbeitet: 1) Das deutsche Volk habe christliche Wurzeln; 2) Christentum und Kirche haben sich große

tholische Presse durch die Räumung nicht notwendiger Bastionen und – gestützt auf das Reichskonkordat die ehrliche Bereitschaft zur Mitarbeit im neuen Staat erklärend – durch die Einschränkung von deren Aufgabenbereich zu retten.⁶¹

Waren so die politischen Außenbastionen, Vereine und Standesorganisationen, Presse und Parteien weitgehend geräumt und war man gewillt, Glaubenslehre und Seelsorge zu verteidigen, so gab es einen prekären Mittelbereich, bei dem man sich offensichtlich des Rückhalts bei den Laien nicht ganz sicher war, dies um so mehr, als das eindeutige Ergebnis der Volksabstimmung vom November 1933 deutlich machte und dass bei allem Druck und allen Manipulationen Hitler auch im katholischen Milieu erheblichen Rückhalt im ganzen Reich gefunden hatte. Dieser Bereich berührte in den Augen der Bischöfe durchaus Glaubenslehre und Seelsorge, in den Augen des Staates und mancher Laien

Verdienste um Deutschland erworben; 3) Große Persönlichkeiten, auch der Rasseforscher Chamberlain, schätzten die Bedeutung Christi; 4) Andere Länder schätzten den Segen des Christentums. Es gab freilich auch vereinzelt explizit nationalsozialistische Artikel. Mit Ausbruch des Krieges wurde erst der Umfang der Kirchenzeitung eingeschränkt, 1941 folgte das Verbot. Vgl. ebd. 40-44. Die Zentrumspresse, v.a. der Bayerische Anzeiger in Regensburg, wurde schnell verboten bzw. gleichgeschaltet, vgl. Braun, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 28-30.

- 61 Vgl. Hirtenwort über Bedeutung und Aufgabe der katholischen Presse in der heutigen Zeit, 20. September 1933, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1933) 89-93. Darin die Sätze: „Die nationale Revolution hat nun den Marxismus und Bolschewismus in Deutschland unterdrückt und damit seinem offenen Kampf gegen Glauben und Kirche Halt geboten. Die Reichregierung hat zugleich der katholischen Kirche im Reichskonkordat die Freiheit des Bekenntnisses und der Ausübung der katholischen Religion sowie die Beibehaltung und Neueinrichtung katholischer Bekenntnisschulen gewährleistet; sie hat den katholischen Organisationen und Verbänden den Schutz ihrer Einrichtungen und ihrer Tätigkeit zugesichert. Damit hat sich die Aufgabe der katholischen Presse in vielem geändert, aber ihre Bedeutung und Notwendigkeit ist geblieben. Selbstverständlich kann und wird es die katholische Presse nicht als ihre Aufgabe betrachten, in irgend einer Form, offen oder versteckt, die gesetzmäßige Regierung und staatliche Ordnung zu bekämpfen. Sie kann und wird auch ihre Aufgabe nicht darin erblicken, die früheren Verhältnisse wieder herbeizuführen. Wir leben und arbeiten nicht in der Vergangenheit und für die Vergangenheit, sondern für die Gegenwart und Zukunft. Wir dürfen den Blick nicht nach rückwärts, sondern nur nach vorwärts richten. Wir haben keine Sehnsucht nach dem Kampf und dem Unfrieden der Stände, Klassen und Konfessionen untereinander, sondern wir wollen für Frieden und Einigkeit arbeiten, wollen uns in den Dienst der ausgleichenden Gerechtigkeit und der dienenden Liebe stellen. Die eigentliche große und schöne Aufgabe der katholischen Presse wird jetzt sein, das katholische Glaubens-, Geistes- und Kulturleben aufmerksam zu verfolgen und das katholische Volk immer tiefer in dasselbe einzuführen.“ Ebd. 91.

hatten hier die Bischöfe aber keine Kompetenz. Ein solcher Streitpunkt war im Jahr 1933 die Frage der Sterilisation; die kirchliche Position wurde hier, ähnlich wie Fragen der Ehe- und Sexualmoral, von zahlreichen Katholiken nur halbherzig geteilt oder abgelehnt. Buchberger wollte gerade in dieser Frage deshalb einen „casus belli“ vermeiden, den das Volk nicht verstehen würde.⁶² Eine weitere Krise, in der die Bischöfe nicht mit dem völligen Rückhalt des Milieus rechnen konnten, spitzte sich Mitte der 1930er Jahre zu; es war der Konflikt um das Thema Erziehung, Konfessionsschule, Religionsunterricht und Ordensschulen. Eine weit in die Weimarer Zeit hineinreichende Konfliktlinie stand im Hintergrund; für die Kirche war katholische Erziehung primär Elternrecht der katholischen Eltern und damit auch primär Recht der Kirche, während die liberale, nationale und auch sozialistische Auffassung die Entkonfessionalisierung des als staatlich-politische Primäraufgabe aufgefassten Erziehungsauftrages anstrebten. Es handelte sich also um einen heiklen Mischbereich. Für die Kirche so eng mit dem Seelsorgsauftrag und der Aufgabe der Weitergabe des Glaubens verbunden, dass man ihn nicht einfach räumen konnte, für den Staat staatliches Recht, das die Zusammengehörigkeit und Gemeinschaft aller Deutschen vertiefen und deshalb die konfessionelle Trennung überwinden sollte. Waren bereits vorherige Konflikte durch eine unterschiedliche Interpretation bedingt, wo politische Stellungnahme und wo seelsorglich-pastorale Tätigkeiten liegen, so galt dies nun insbesondere hier. In der Diözese Regensburg war die Volksschule beinahe ausschließlich Bekenntnisschule. Gerade bei den Volksschullehrern war aber auch hier ein Antiklerikalismus verbreitet⁶³; seit 1933 schärfte Buchberger immer wieder in Aufrufen an die Bevölkerung die

62 Vgl.: „Was haben die meisten unserer Pfarrgemeinden praktisch mit der Frage der Sterilisation zu tun? Ich halte es sodann auch für bedenklich, die jetzigen Schwierigkeiten zu vermehren durch einen Schritt, der doch im Rahmen des Ganzen und Wesentlichen betrachtet, untergeordnete Bedeutung hat. Wir kämpfen jetzt um Bestand und Leben unserer hl. Kirche und sollten wohl weniger Bedeutendes vorläufig nicht in den Vordergrund rücken namentlich dann, wenn wir im voraus wissen, daß unsere Stellungnahme bei Regierung und Volk nicht verstanden werden will. Auch das Volk versteht uns wirklich nicht, wenn wir jetzt gerade aus dieser Frage einen casus belli machen.“ Bischof Buchberger an Faulhaber, 15. Dezember 1933, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) I 825 f., hier 825.

63 Vgl.: „Größere kirchenpolitische Ereignisse waren im Berichtsmonat nicht zu verzeichnen. Auf dem Gebiet des religiösen Schulunterrichts ist aber dem Umstand Bedeutung beizumessen, daß in verschiedenen Bezirken die Lehrer sich weigern, künftig noch Bibelunterricht zu erteilen.“ Monatsbericht der Regierung (November 1938), 8. Dezember 1938, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 217-219, hier 217.

katholische Schulerziehung ein.⁶⁴ Für die Bischöfe war der Kampf hier aber prekär, da es im Volk nicht ohne weiteres einsichtig sein musste, warum die schulische Kindererziehung konfessionell-kirchliche Kernkompetenz sein musste. Inwieweit würde das Kirchenvolk hier in einem Kampf den Episkopat gegen die staatliche Propaganda vom überkonfessionellen nationalen Brückenschlag unterstützen? 1936 setzte der Schulkampf massiv im Bistum ein; in der Regensburger Schottenheimsiedlung, einem prestigeträchtigen Sozialprojekt der Nationalsozialisten, votierten 76,7% für die Gemeinschaftsschule. 1937/38 wurden allmählich nach Abstimmungen alle Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen überführt.⁶⁵ Alle Hirtenbriefe, Flugblattaktionen und Proteste der Kirche waren hier vergeblich; staatlicher Druck⁶⁶ hatte die Niederlage der Kirche herbeigeführt, aber doch wohl auch die Auffassung mancher Eltern, der Kernbestand ihres katholischen Glaubens sei dadurch nicht gefährdet. Auch gegen die Verdrängung der Ordensschwester aus den Volksschulen und das Ende der Klosterschulen protestierten die Bischöfe vergebens;⁶⁷ hier zeigten sich lokale Widerstandshaltungen, in der Oberpfalz gerade bei den Niederlassungen der Armen Schulschwester.⁶⁸ 1939 wurde die Stundenzahl des Religi-

-
- 64 Vgl. etwa: Anweisung zum Schulsonntag am 24. Dezember 1933, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1933) 116 f.; Anweisung zum Schulsonntag 1934, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1934) 85; Anweisung zum Schulsonntag 1935, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1935) 102 f.; Anweisung zum Schulsonntag 1936, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1936) 134; Anweisung für die Kirchensammlung zum Schul- und Erziehungssonntag am 19. Dezember 1937, Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1937) 114 f.; Entwurf Bischof Buchbergers an Pacelli, Anfang Oktober 1933, in: Stasiewski, Akten I (wie Anm. 40) 849-852.
- 65 Vgl. besonders die Monatsberichte der Regierung (März 1937), 7. April 1937, (April 1937), 7. Mai 1937, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 121-130; da-zu die v.a. die Monatsberichte der Regierung (Februar 1938), 8. März 1938, ebd. 192-197; (April, Mai und Juni 1938), 6. Mai, 8. Juni und 7. Juli 1938, ebd. 198-207.
- 66 So wurden wohnungsbaugenossenschaftlichen Mietern die Wohnung gekündigt, wenn sie nicht für die Gemeinschaftsschule gestimmt hatten. Vgl. Monatsbericht der Regierung (Mai 1937), 5. Juni 1937, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 131-135, hier 133. – Zum Schulkampf in Regensburg vgl. Peter Schmid (Hg.), Geschichte der Stadt Regensburg. I-II, Regensburg 2000, hier 440-443 (Helmut Halter).
- 67 Vgl. Hirtenwort des bayerischen Episkopats, 4. September 1938, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) II 590-593.
- 68 Vgl.: „Wegen des vorgesehenen Abbaus des von den Armen Schulschwester in Neunburg v. Wald betriebenen Kindergartens ist unter der Bevölkerung Verbitterung entstanden. Die Eltern der Kinder wollten die Schwestern, die bereits 35 Jahre lang die Kinder zur größten Zufriedenheit betreut haben, nicht missen. Etwa 25 Personen haben beim Ortsgruppenleiter und beim Landrat wegen der Rück-

onsunterrichts gekürzt und aus der Berufsschule verbannt; Buchberger wollte in einer Art Kompromiss dafür die Christenlehre einführen⁶⁹; auch stellten die meisten Bürgermeister keine Schulräume für die Christenlehre zur Verfügung.⁷⁰

In anderen, für ihr Leben und ihren Glauben zentralen Fragen, leistete die katholische Bevölkerung entschiedenen Widerstand und dies nicht allein auf Veranlassung des Klerus. Dabei konnten durchaus auch Erfolge erzielt werden. Grundsätzlich stand die gläubig-praktizierende Bevölkerung gegen das Regime, wo dieses sich gegen die heils- und gnadenvermittelnde Funktion der Kirche wandte: Gebet, Sakramentenspendung, traditionelle öffentliche Ausdrucksformen der Frömmigkeit war man ebenso bereit entschieden zu verteidigen, wie Symbole, die diesen Glauben wirkmächtig-konkret zur Anschauung brachten; dazu war das Vertrauen und die Verehrung für die Priester als den Garanten der Vermittlung des übernatürlichen Heils in weiten Kreisen nicht zu erschüttern. Dort wo Glaube und Unglaube, Gnade und Verderben, aber auch der Segen Gottes oder dessen Fluch für das diesseitige Leben auf dem Spiel standen, biss sich das nationalsozialistische Regime weitgehend die Zähne aus.

Für den Kreis Tirschenreuth hat Franz Busl etwa die Polizeiberichte zur Fronleichnamsprozession ausgewertet: Trotz zahlreicher einschränkender Vorschriften und Regulierungen des Regimes wurden diese in ihrer traditionellen Form weiter durchgeführt, was, so Busl, die Regierungsstellen deshalb duldeten, um kein aufständisches Verhalten der Bevölkerung zu provozieren. Zu sehr waren Glaubensbekenntnis, traditionell-rituelle Frömmigkeit, Segen für das Dorf/die Stadt und symbolische Darstellung von deren christlicher Gesellschaftsstruktur mit diesen feierlichen sakramentalen Umgängen in der Lebenswelt der Bevölkerung verbunden, als dass das Regime hier allzu restriktiv vor-

nahme der Maßnahme vorgeschrieben.“ Monatsbericht der Regierung (Juli 1941), 8. August 1941, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 288-291, hier 291; vgl. auch: Monatsbericht der Regierung (Juli 1939), 7. August 1939, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 237-241, hier 239.

69 Vgl. Hirtenwort Bischof Buchbergers zum Familiensonntag am 7. Januar 1940, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1940) 2 f.

70 Vgl. etwa Zahl der Religionsstunden in den Volksschulen, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1937) 33; Generalvikar Anton Doeberl, Verkürzung des Stundenmaßes des Religionsunterrichts an Volks- und Berufsschulen, 13. Mai 1939, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1939) 56; Hirtenwort Bischof Buchbergers zum Familiensonntag am 7. Januar 1940, in: Amtsblatt für die Diözese Regensburg (1940) 2 f. Ab 1941 wurden alle religiösen Unterweisungen außerhalb der Kirche verboten. Vgl. v.a. Buchberger an Faulhaber, 17. April 1942, mit der Stellungnahme Scherms als Anlage vom 18. April 1942, dazu: Kardinal Faulhaber an den bayerischen Episkopat, 20. April 1942, in: Volk Akten (wie Anm. 31) II 908-914.

gehen konnte.⁷¹ Die Fronleichnamsprozessionen galten als sensibles Terrain; insbesondere spielte die Frage der Beflaggung und damit die Frage nach der Hoheit im öffentlichen Raum hier eine wichtige Rolle. Man wachte besonders, dass nicht verbotene Fahnen von aufgelösten Vereinen bei der Prozession mitgetragen wurden. Die staatlichen Stellen fürchteten offenbar auch öffentliche politische Demonstrationen, die diesen Prozessionen beigegeben werden könnten.⁷² Ähnliche Konflikte lagerten sich auf lokaler Ebene häufig um herkömmliche Wallfahrten und Prozessionen, die reglementiert oder verboten wurden, was zu Widerspruch und Zuwiderhandlung in der Bevölkerung führte.⁷³

Ähnlich symbolträchtig war die althergebrachte, eng mit dem agrarischen Lebensrhythmus verbundene Abfolge der Feiertage im Kirchenjahr; auch hier stießen die staatlichen Stellen immer wieder auf Resistenz und Widerstand von unten, besonders bei der bäuerlich-agrarischen Bevölkerung, deren Leben ja noch enger vom Ablauf des Jahreskreises geprägt war.⁷⁴ Fahnen als Symbole

71 Vgl. Franz Busl, Die Durchführung der Fronleichnamsprozession im Bezirksamt (Landkreis) Tirschenreuth von 1935 bis 1942, in: BGBR 15 (1981) 315-332.

72 Vgl. Monatsbericht der Regierung (Mai 1937), 5. Juni 1937, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 131-135, hier 133; Monatsbericht der Regierung (Juni 1938), 7. Juli 1938, in: Ebd. 203-207, hier 205 f.; Monatsbericht der Regierung (August 1938), 8. September 1938, in: Ebd. 209-213, hier 212; Monatsbericht der Regierung (August 1939), 9. Oktober 1939, in: Ebd. 242 f., hier 243.

73 Vgl. Monatsbericht der Regierung (Mai 1941), 8. Juni 1941, in: Ebd. 283-285, hier 283.

74 Vgl.: „Die katholische Landbevölkerung scheint teilweise zu befürchten, es möchte der Protestantismus die Rechte der katholischen Bevölkerung beeinträchtigen. Zu dieser Meinung trug zweifellos die Beseitigung verschiedener katholischer Feiertage bei, die bei den Bauern beliebt und in der arbeitsstrengen Zeit als Ruhetage erwünscht waren.“ Halbmonatsbericht der Regierung (16. bis 31. März 1934), Regensburg, 5. April 1934, in: Ebd. 24 f.; „Die Landbevölkerung hält noch sehr an den althergebrachten, aufgehobenen kirchlichen Feiertagen fest. Der Josefitag wurde am Lande fast durchwegs mit Arbeitsruhe, auch für die Diensthilfen, Polen und Kriegsgefangenen, gefeiert. Landwirte, für deren Kartoffellieferungen am Josefitag die Reichsbahn Waggons zur Verfügung stellte, zogen es vor, das Wagenstandgeld zu bezahlen, statt an diesem Tag zu arbeiten.“ Monatsbericht der Regierung (März 1941), 8. April 1941, in: Ebd. 280 f.; „Die Feier des Josefitages (19.3.) hat sich die bäuerliche Bevölkerung immer noch nicht abgewöhnt, obwohl sich die Kirche an die Verordnung über die Handhabung des Feiertagsrechts hielt.“ Monatsbericht der Regierung (März 1942), 10. April 1942, in: Ebd. 306 f., hier 307. – Nachdem Fronleichnam auf den Sonntag verlegt worden war, ist zu lesen: „Am Fronleichnamstag hat sich die Geistlichkeit im allgemeinen an die erlassenen Anordnungen gehalten. Die wie an Werktagen gehaltenen Gottesdienste waren durchwegs sehr zahlreich besucht. Anschließend wurde von dem weit

über die Hoheit im öffentlichen Raum und Ausdruck für die sinnbestimmende Mitte der Lebenswelt waren ein häufiger Konfliktpunkt zwischen Bevölkerung und Regierungsstellen⁷⁵ und dies trotz der Kompromissbereitschaft Bischof Buchbergers in dieser Frage.⁷⁶ Neben Prozessionen und Fahnen war das Glockenläuten ein weiteres wichtiges öffentliches Symbol; die Beschlagnahmung der Kirchenglocken im Krieg führte tendenziell ebenfalls zu schweren Konflikt, da die Bevölkerung von der Kriegsnotwendigkeit nicht überzeugt war und eine verstärkte religionspolitische Handlung vermutete.⁷⁷ Umgekehrt wirkte das von den deutschen Bischöfen zum 50. Führergeburtstag angeordnete Glockenleuten und Gebet durchaus systemstabilisierend.⁷⁸

Zur katholischen Lebenswelt gehörte auch die enge Verbundenheit mit den Priestern, denen man als den Verwaltern der göttlichen Geheimnisse Verehrung und Ergebenheit, wenigstens im kultisch-sakramentalen Kernbereich, entgegenbrachte, mochte auch eine Minderheit der praktizierenden Katholiken im

überwiegenden Teil der ländlichen Bevölkerung der Tag als Feiertag begangen. Auf den Feldern war kaum jemand bei der Arbeit zu sehen.“ Monatsbericht der Regierung (Juni 1941), 8. Juli 1941, in: Ebd. 285-288, hier 286; „Am Mariahimelfahrtstag waren die Gottesdienste wenigstens in den ländlichen Gemeinden rege besucht. Am Vormittag wurde in den meisten ländlichen Betrieben nicht gearbeitet.“ Monatsbericht der Regierung (August 1941), 8. September 1941, in: Ebd. 291 f., hier 292; vgl. auch Monatsbericht der Regierung (Juni 1943), 10. Juli 1943, in: Ebd. 320.

75 Vgl. Lagebericht (Monatsbericht) der Regierung (November 1935), 9. Dezember 1935, in: Ebd. 66-70, hier 67; Monatsbericht der Regierung (Juni 1937), 9. Juli 1937, in: Ebd. 136-145, hier 136 u.ö.

76 Vgl. Bischof Buchberger an Faulhaber, 8. Dezember 1937, in: Volk, Akten (wie Anm. 31) II 422.

77 Vgl.: „Die allmählich bekanntgewordene Ablieferung der Glocken hat ziemliche Beunruhigung hervorgerufen. Angesichts der großen in den Wehrmachtsberichten bekanntgegebenen Beutezahlen will man die Kriegsnotwendigkeit dieser Maßnahme nicht begreifen und erblickt zum Teil darin einen Ausfluß kirchenfeindlicher Einstellung.“ Monatsbericht der Regierung (November 1941), 9. Dezember 1941, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 299 f., hier 299; „Die anfängliche Aufregung der Bevölkerung über die Durchführung der Glockenabnahme hat sich nach sachgemäßer Aufklärung gelegt, wenn auch die Ablieferung den Leuten anscheinend stärker zu Herzen geht, als sie nach außen zeigen. Irgendwelche Widerstände haben sich bisher nicht ergeben.“ Monatsbericht der Regierung (Januar 1942), 8. Februar 1942, in: Ebd. 303 f., hier 303.

78 Vgl.: „Das auf bischöfliche Anordnung zum Geburtstag des Führers angeordnete Glockengeläute und das Gebet für den Führer auf der Kanzel machte auf weite Kreise guten Eindruck.“ Monatsbericht der Regierung (April 1939), 8. Mai 1939, in: Ebd. 227-230, hier 227.

weltlich-politischen Bereich sich gegen klerikal-paternalistische Bevormundung gesträubt haben. Die Bevölkerung stand deshalb bei den Konflikten von zahlreichen Geistlichen mit der Gestapo hinter ihren Seelsorgern⁷⁹; besonders fanden aber die zahlreichen propagandistisch aufgemachten Anschuldigungen in den Devisen- und Sittlichkeitsprozessen, die der damalige Regierungspräsident Holzschuher ausgesprochen energisch betrieb, wenig Glauben.⁸⁰ Letztlich konnten sie die Verbundenheit der praktizierenden Katholiken mit der Geistlichkeit nicht erschüttern und waren gemessen an dieser Zielsetzung für die Parteistellen ein Misserfolg.⁸¹

Die bedeutendsten Widerstandshandlungen der katholischen Bevölkerung entzündeten sich aber am Streit um die Kruzifixe in den Schulen und um das

79 Viele der Konflikte waren freilich eher harmloser Natur und gründeten auch in sozialen Spannungen, etwa zwischen Lehrern und Pfarrern, was zu Anzeigen führte. Zwei Priester der Diözese Regensburg starben im KZ, andere mussten mehrjährige KZ-Haft erdulden. Vgl. ebd. XLIV; Ulrich von Hehl / Christoph Kösters / Petra Stenz-Maur u.a. (Bearb.), *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung. I-II* (= VKZG.A 37), Paderborn 41998; Barbara Möckershoff, *Nationalsozialistische Verfolgung katholischer Geistlicher im Bistum Regensburg (Fragebogen 1946 und 1980)*, in: BGBR 15 (1981) 89-144.

80 Vgl.: „Für die Einstellung weiter Kreise der katholischen Landbevölkerung ist es bezeichnend, daß die Presseberichte über die sittlichen Verfehlungen von Geistlichen und Ordensangehörigen nicht überall vollen Glauben finden. ‚Da man von den Verfehlungen anderer nicht lese, werde offenbar der Zweck verfolgt, die Geistlichen vom Volk zu trennen.‘ Durch geeignete Predigten wird die Bevölkerung in dieser Auffassung bestärkt.“ Monatsbericht der Regierung (Mai 1937), 5. Juni 1937, in: Ziegler, *Kirchliche Lage* (wie Anm. 8) 131-135, hier 131 f.; „Meine im letzten Monatsbericht ausgesprochene Vermutung, daß die Sittlichkeitsprozesse das Vertrauen der katholischen Bevölkerung zu ihren Geistlichen nicht allzusehr erschüttern konnten, wird bestätigt durch die Tatsache, daß die kirchlichen Veranstaltungen ausnehmend gut besucht werden. Priesterjubiläen, Primizen, Volksmissionen usw., die nunmehr mit besonderem Prunk ausgestattet wurden, haben eine solche Anziehungskraft, daß die Bauern sogar die Arbeit auf den Feldern ruhen lassen.“ Monatsbericht der Regierung (Juli 1937), 9. August 1937, in: Ebd. 145-150, hier 147; ähnlich für Niederbayern: Monatsbericht der Regierung (August 1944), 9. September 1944, in: Ebd. 333-335, hier 334.

81 Vgl.: „Trotzdem kann man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Veröffentlichungen über Teilausschnitte der Sittlichkeitsprozesse in der Presse ihren Zweck nicht erreichten. Die katholische Kirche verfolgt die Taktik, die Richtigkeit der in den Prozessen festgestellten Tatsachen und der Zeitungsberichterstattungen anzuzweifeln und entgegenzuhalten, daß auch in den Reihen der Bewegung (SA und HJ.) solche Dinge vorgekommen seien. Es besteht kein Zweifel, daß überall dort, wo diese Verteidigung geschickt gemacht wird, die Wirkung für das gläubige Volk nicht ausbleibt ...“. Monatsbericht der Regierung (Juni 1937), 9. Juli 1937, in: Ebd. 136-145, hier 136.

Schulgebet. Hier ging es um konkrete Symbole oder Handlungen, in ihnen drückte sich die Identität der Schule und der Geist der Kindererziehung zuge-spitzt aus. Hinzu kommt, dass in der katholischen Frömmigkeit die Überzeugung tiefgehend verbreitet war, das Kreuz nicht zu verehren und nicht sein Tagwerk Gott zu weihen, beraube auch das diesseitige Leben schon des göttlichen Segens. „Wer nicht mit dem Kreuz geht, mit dem geht das Kreuz“ war ein nicht nur bei Flurprozessionen weitverbreiteter Volksglaube in der Oberpfalz. So führten hier die Regierungsmaßnahmen zu einer derart kräftigen Empörung, dass diese vollständig zurückgenommen werden mussten. Von Beginn an stand dabei auch das Beispiel des Oldenburger Schulkampfs vor Augen.⁸² Bereits 1937 kam es im als besonders „schwarz“ geltenden⁸³ Konnersreuth zu einer Empörung der Bevölkerung, als der Lehrer das Kruzifix aus der Schule hatte entfernen und durch ein kleineres ersetzen lassen.⁸⁴ Als seit April 1941 Gauleiter Wagner Bittgänge und Wallfahrten während der Kriegszeit an Werktagen verboten hatte, kirchliche Feiertage auf Sonntage verlegte und vor allem das Kruzifix in der Schule und das Schulgebet verboten hatte, erregte dies an zahlreichen Orten Ärgernis und führte zu Widerstandshandlungen der Bevölkerung.⁸⁵ An vielen Orten kam es zu Schulstreiks.⁸⁶ Immer wieder klingt in den

82 Vgl.: „Einer Reihe von Personen in Pielenhofen, BezA. Regensburg, wurde eine Druckschrift zugesandt: ‚Der Kampf um das Kreuz im Oldenburger Münsterland.‘ ...“. Monatsbericht der Regierung (Januar 1937), 5. Februar 1937, in: Ebd. 113-116, hier 115.

83 Vgl. etwa Monatsbericht der Regierung (Februar 1938), 8. März 1938, in: Ebd. 192-196, hier 192.

84 Vgl.: „Am Sonntag, den 28. Februar 1937, gegen 12 Uhr sammelten sich in dem bekannten Konnersreuth (Grenzbezirk Tirschenreuth) etwa 70 Personen und verlangten stürmisch die Herausgabe eines Kruzifixes, das der Lehrer aus dem Schulsaal entfernt und in seine Wohnung verbracht hatte. Das Kreuz sollte in Prozession in die Schule zurückgebracht werden. Das Bezirksamt, dem die Lage als sehr bedrohlich geschildert wurde, zog Gendamerieverstärkung zusammen, bei deren Eintreffen sich die Leute wieder zerstreuten. Ich habe die unauffällige Zurückbringung des Kreuzes angeordnet.“ Monatsbericht der Regierung (Februar 1937), 9. März 1937, in: Ebd. 117-120, hier 117.

85 Vgl.: „Schwer wurden die Maßnahmen empfunden, die an das tief verwurzelte Empfinden der christlich-konfessionell eingestellten Bevölkerung greifen. Es handelt sich um das Verbot der Bittprozessionen an Werktagen, die Verlegung der Feiertage Christi-Himmelfahrt und Fronleichnam auf den Sonntag, die Abschaffung des Schulgebets und die allmähliche Entfernung der Kruzifixe aus den Schulen. Ein Schulleiter hat im Übereifer das Kruzifix ohne jede Gelegenheit aus der Schule entfernen lassen, was zur Folge hatte, daß etwa 25 Personen sich vor dem Schulhaus einfanden, die in aufgeregtem Tone die Herausgabe der Kinder von der Schule forderten. Der Landrat hat das Kruzifix wieder in die Schule zurückbringen lassen und den Schulleiter über den richtigen Vollzug der einschlägigen Ministeri-

Regierungspräsidentenberichten die Sorge der Bevölkerung durch, dass dies der Anfang der vollständigen Entchristlichung sei und dass durch das Abnehmen der Kreuze die Regierung nunmehr als wortbrüchig gelte und bei der Bevölkerung Vertrauen verspielt habe.⁸⁷ Bauern entfernten aus ihren Häusern als Reaktion auf die Entfernung der Kruzifixe auch die Hitler-Bilder.⁸⁸ Mit dem Beginn des neuen Schuljahres nahmen die Widerstandshandlungen zu, zumal Mitte August der Hirtenbrief der bayerischen Bischöfe zu dieser Frage verlesen worden war.⁸⁹ Der „Stopp-Erlass“ vom 28. August konnte die Lage nicht beruhigen, die Unruhen breiteten sich aus.⁹⁰ Allmählich sahen sich die staatlichen Stellen gezwungen, die Kreuze wieder zurückzubringen, was freilich unkoordi-

alentschließung belehrt.“ Monatsbericht der Regierung (Mai 1941), 8. Juni 1941, in: Ebd. 283-285, hier 283 f.

86 Vgl. Monatsbericht der Regierung (Juni 1941), 8. Juli 1941, in: Ebd. 285-288, hier 286.

87 Vgl. ebd.; Monatsbericht der Regierung (Juli 1941), 8. August 1941, in: Ebd. 288-291, hier 288 f.

88 Vgl.: „Von einem Gendamerieposten wurde einem Landrat gemeldet, daß die Bauern die Führerbilder aus ihren Stuben entfernten, weil auch die Kruzifixe aus den Schulen genommen wurden.“ Monatsbericht der Regierung (Juli 1941), 8. August 1941, in: Ebd. 288-291, hier 290.

89 Monatsbericht der Regierung (August 1941), 8. September 1941, in: Ebd. 291 f.

90 Vgl.: „Stimmungsmäßig äußerst bedenklich waren und sind die Auswirkungen des Kruzifixerlasses. Landräte und Oberbürgermeister betonten in ihren Berichten die Befürchtungen über schlimme Folgen für die Willigkeit der Bevölkerung, die Geschlossenheit der Partei, die WHW-Sammlungen und nicht zuletzt auch für die Stimmung an der Front. Die Erregung in der Bevölkerung hat sich auch nach der Stoppanordnung vom 28.8.1941 noch erheblich gesteigert, da der einheitliche Vollzug dieses Erlasses nicht sichergestellt war und weiterhin Kreuze aus den Schulräumen entfernt wurden. Der Unwille und die Erbitterung der seither vorbildlich ruhigen und willigen Bevölkerung kamen in größeren und kleineren Aktionen zum Ausdruck. So demonstrierten in Vilseck (Landkreis Amberg) etwa 200 Personen vor der Schule, einzelne drangen in das Schulhaus ein und brachten die auf dem Boden verwahrten Kruzifixe unter lautem Beten wieder in den Schulsälen an. Dabei fielen Äußerungen, wie: ‚daß unsere Soldaten an der Front in Rußland den Kommunismus bekämpften und daß jetzt in der Heimat versucht würde, den Kommunismus aufzuziehen‘ oder ‚daß man diejenigen, die sich so gegen die Religion stellen, an die Front hinausstecken sollte, denn dort könnten sie ihren Mann stellen‘ oder ‚ob denn die Herren in der jetzigen Kriegszeit nichts anderes zu tun hätten, als sich mit derartigen Dingen zu befassen und die Frauen, die an Stelle der Männer die Felder bestellen, in Mißstimmung zu bringen.“ Demonstrationen mit rund 500 Personen habe es in Velburg und Amberg gegeben, in zehn weiteren Landkreisen der Ostmark Unruhen. Monatsbericht der Regierung (September 1941), 8. Oktober 1941, in: Ebd. 293-296, hier 293-295.

niert und mit unterschiedlicher Geschwindigkeit geschah; aus Regensburg, wo es einen Aufmarsch von Frauen gegeben hatte, berichtete der Oberbürgermeister, dass auch durch die Rückgängigmachung der Maßnahmen das Vertrauen der Bevölkerung nicht mehr gewonnen werde.⁹¹ Vielfach sah man den Beginn einer grundsätzlichen Christenverfolgung darin, die Loyalität gegenüber der Regierung war im Sinken begriffen.⁹² Aufs Ganze gesehen zeigen diese Auseinandersetzungen, dass die Regierung besonders im Krieg auf den Konsens mit der breiten Bevölkerung angewiesen war und bestimmte Grenzen nicht überschreiten konnte. Der Versuch, Schulgebet und Schulkruzifixe abzuschaffen, scheiterte völlig und musste zurückgenommen werden. Dort, wo Widerstand breite gesellschaftliche Schichten zu erfassen drohte, sah sich das Regime zum Nachgeben gezwungen; in solchen Fragen hatte somit kirchlicher Widerstand durchaus Chancen auf Erfolg.

FAZIT

Am Ende dieses Beitrags sollen einige Grundlinien des Herausgearbeiteten noch einmal zusammengefasst werden:

- 1.) Die Oberpfalz war, wie beschrieben, eine weitgehend agrarisch geprägte, strukturschwache und beinahe geschlossen katholische Region mit einer volk-kirchlichen Prägung, die sich in einer außergewöhnlich hohen Zahl der praktizierenden Katholiken von mehr als 75% ausdrückte. Trotz der dort erzielten Rekordergebnisse der Bayerischen Volkspartei lässt sich freilich nicht verkennen, dass ein größerer Anteil der praktizierenden Katholiken von gewissen antiklerikalen Vorbehalten gegen politischen Dirigismus, Verhaltensdisziplinierung oder Reformversuchen der Frömmigkeit durch den Klerus geprägt war.
- 2.) Die volk-kirchliche Situation in Ostbayern wird einer der entscheidenden Gründe gewesen sein, warum die staatlichen Mittelbehörden, sieht man von Regierungspräsident Holzschuher ab, einen eher gemäßigten Kurs eingeschlagen haben. Umgekehrt verfolgte auch der Bischof von Regensburg, Buchberger, durchgehend eine Politik die im engeren Sinn kirchlichen Angelegenheiten des Gottesdienstes und der Glaubenslehre zu schützen, sich aber nach Mög-

91 Vgl.: „Der Oberbürgermeister der Stadt Regensburg führte zu dem im letzten Monatsbericht bereits erwähnten Aufmarsch der Frauen noch aus: ‚eine Beruhigung in der ganzen religiösen Angelegenheit scheint noch nicht eingetreten zu sein. Der Vorfall ist ja nur Teil von einem Ganzen und weder durch ein Nein noch durch ein Ja lässt sich eine im Volk entstandene Kluft überbrücken.“ Monatsbericht der Regierung (November 1941), 9. Dezember 1941, in: Ebd. 299 f.

92 So besonders Monatsbericht der Regierung (Juli 1941), 8. August 1941, in: Ebd. 288-291.

lichkeit nicht in den politischen Bereich zu mischen. Neben dem Entpolitisierungsartikel des Reichskonkordats und der latenten Bolschewismusangst war für diese Haltung einer der wichtigsten Gründe auch der skizzierte Antiklerikalismus eines Teils der praktizierenden Katholiken, der politischen Direktiven des Klerus unter Umständen nicht Folge geleistet hätte und damit die Gefahr der Spaltung der Katholiken. Im Vergleich hierzu hat im benachbarten Passau namentlich in der Vereins- und in der Schulfrage Generalvikar Franz Seraph Riemer (1889-1965) früh einen offensiveren Kurs eingeschlagen; dadurch wurden die konkreten Konflikte und Zusammenstöße vermehrt, letztlich aber lassen sich keine grundlegenden Unterschiede in den kirchenpolitischen Konsequenzen nachweisen, was doch dafür spricht, dass die Handlungsspielräume der Diözesanleitungen begrenzt waren.⁹³

3.) Die Abfolge der Konflikte zwischen katholischer Bevölkerung und staatlicher Politik entspricht dieser Charakterisierung des katholischen Milieus mit seinen Wertigkeiten. Hatte man zunächst zwar nicht braun gewählt, so fügte man sich doch der neuen politischen Obrigkeit. Trotz der geschilderten Spannungen und Konflikte ging der „Schulkampf“ in den 1930er Jahren dennoch verloren. An eine Grenze stieß das Regime dagegen immer da, wo Glaube und Kirche in ihrer das Heil und die Gnade vermittelten Funktion in Frage gestellt wurden. Hier zeigte das Milieu resistentes und widerständiges Verhalten. Dies war zunächst einmal und primär nur gegen Teilaspekte des Regimes gerichtet, eben gegen dessen Religionspolitik und Ideologie; es ging nicht um Widerstand im engeren politischen Sinn, sondern um das Bewahren der eigenen religiös geprägten Lebenswelt.⁹⁴ Dennoch haben die Konflikte und Angriffe gegen den

93 Vgl. Ebd. XXXIX; Braun, Kirchenkampf (wie Anm. 28) 164 f. – Riemer war vor allem Haßgegner von Holzschuher. Vgl. hierzu u.a. den ausführlichen Monatsbericht der Regierung (November 1937) 8. Dezember 1937, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 162-184 (mit Anlagen). Darin etwa: „Die kath. Kirche legt nunmehr das Hauptgewicht ihres Kampfes auf die Beeinflussung ihrer Angehörigen innerhalb der kirchlichen Vereinstätigkeit. Allen voran schreitet wiederum das Bistum Passau mit seinem über jedes Maß unverschämten Generalvikar Dr. Riemer.“ Ebd. 171.

94 Vgl. etwa: „Der Oberbürgermeister des Stadtkreises Regensburg berichtet hierzu: ‚Die Spannungen auf weltanschaulichem Gebiet bestehen unvermindert fort. Bei den Kreisen, welche kirchlich eingestellt sind, kann man immer wieder hören, der Führer und die Einrichtungen des Dritten Reiches werden dankbar anerkannt und die Anordnungen freudig befolgt; nur die Kirche soll nicht in den Streit hineingezogen werden. ... Die breite Masse des Volkes, wenigstens in unserer Gegend, ist mehr denn je kirchlich fanatisiert, lehnt jede Kampfstellung gegen die Kirche ab und verurteilt jede weltanschauliche Lehre, welche versuchen wollte, die bestehenden Konfessionen zu beseitigen. ...‘“ Monatsbericht der Regierung (Januar 1937), 5. Februar 1937, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 112-116, hier

Klerus mit der Zeit die Stimmung in der Bevölkerung immer mehr gegen das Regime eingenommen. Als dann 1941 Schulgebet und Schulkreuz verboten wurden, kam es zu Widerstandshandlungen, die den lokalen Raum überstiegen und das Regime zu einem völligen Zurückrudern zwangen. Natürlich war auch das zunächst nur Widerstand gegen die Religions- und Schulpolitik, hier konzentriert in einem einprägsamen und zentralen Symbol des Katholizismus. Die Regierungspräsidentenberichte deuten aber – wie gesehen – doch nun des öfteren an, dass immer mehr der NS-Staat selbst in Frage gestellt wurde. Die Loyalität der katholischen Bevölkerung zum Staat nahm als Folge von dessen Religionspolitik und im Krieg somit in der Oberpfalz deutlich ab. Der Abstand zwischen Resistenz und Widerstand war kleiner geworden.

116; „Ein Bezirksamt schreibt über die Einstellung der bäuerlichen Bevölkerung. „Die bäuerliche Bevölkerung, die seit Jahrzehnten die klerikale Führung gewöhnt ist und sich nur langsam den Gedankengängen des Dritten Reichs aufschließt, bringt den politischen Tagesfragen nicht das notwendige Interesse entgegen ... Die sich unter der Oberfläche abspielende zähe Arbeit der Geistlichkeit sorgt dafür, daß das nationalsozialistische Gedankengut sich noch nicht voll entfaltet hat.“ Monatsbericht der Regierung (August 1938), 8. September 1938, in: Ziegler, Kirchliche Lage (wie Anm. 8) 207-209, hier 208; „Die Bevölkerung steht auf dem Standpunkt, daß Religion Privatsache sei; während des Weltkriegs und auch in der Kampfzeit der Bewegung sei nach der Religionszugehörigkeit nicht gefragt worden.“ Monatsbericht der Regierung (Mai 1939), 8. Juni 1939, in: Ebd. 230-234, hier 231.